

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 3. Oktober 1930
12. Jahrgang. Nummer 230

Verkauf mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Tagespreis: 4 Pf. + 12 Pf. Wotensohn = 60 Pf. monatl. 2,10 Mk. + 80 Pf. Wotensohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,80 Mk. unter Streifenband 3 Mk. Kugelpost: Die gepaltene Millimeterzelle ab. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Bekanntheitszelle ab. deren Raum 10 Pf. — Schutz d. Inhaberannahme in d. Hauptverteilung 3 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis 12 Uhr

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Sanitätsredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 20, Tel. 500 24.
Postredaktion: Breslau 54, Redaktion: Breslau, Trebnitzer Str. 20, Tel. 230 02. **Verlag:** der Redaktion von 12-14, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Illustrationsredaktion:** Glatz, Oberstr. 20, Tel. 4085; Oppeln, Kopalitzer Str. 11, Tel. 1304; **Sellig:** Bunzl. 6, Tel. 2384. **Geschäftszeit:** 8-19 Uhr. **Verlagsstand:** Hauptverlag: Breslau, Erscheinungsort: Breslau. — Verlag: Glatz, Koppenhagen, m. b. H., Bresl. — Druck: „Kawag“, Glatz, Trebnitzer Str. 24

Durch Staatsstreich zum Zuchtstaatsstaat

Neuer Steuerraub an Werktätigen / Steuergeschenke für die Geldsäcke / Zwangsarbeitsdienstpflicht

Die von den Nazis nach dem 14. September angekündigte „Morgensätze“ für das deutsche Volk ist bisher nur für das „Völkchen“ um Hitler herum eingetreten. Einer von ihnen ist bereits Minister in Braunschweig geworden, anderen winken ähnliche Futterkrippen, und die 107 Reichstagsmitglieder stellen ja auch für viele so eine Art Morgensätze dar. Für Hitler selbst ist die Morgensätze besonders herrlich ausgefallen. Er darf für gute Dollars in der amerikanischen Mäuserpresse lange Artikel schreiben, so daß er sein ohnehin bereits so glänzendes Dasein weiter vergrößern kann, mit dem Geld aus dem Young-Plan. Anders aber sieht es für das Meer der Wähler aus. Um hunderte Tausende Erwerbslose ist die Reservearmee für den Profit allein im September angewachsen. Und Brüning, der schwarze Kanzler, läßt sich veranlassen, ermutigt durch die für Hitler und seine Getreuen hereinbrochene Morgensätze, statt der Morgensätze eine neue Hungerblodade, „gemildert“ durch Zwangsarbeitsdienstpflicht, für das werktätige Volk herauszuführen. Er kann es wagen, diesen Anschlag zu unternehmen, weil er sich auch bereits die Hilfe der SPD gesichert zu haben scheint. Er hat nämlich sein inzwischen fertig-

gestelltes Raubprogramm nicht nur Hindenburg vorgetragen, sondern auch dem „Genossen“ Braun, der bekanntlich schon seit Wochen eine große Aktivität entfaltet, um die SPD. an der herausziehenden Diktatur zu beteiligen. Demzufolge konnte bereits am Dienstag die bürgerliche Presse berichten, daß Hindenburg sich bereit erklärt hat, dem Kanzler weitestgehende Vollmachten für sein Raub- und Zuchtprogramm zu erteilen. Das heißt mit anderen Worten, mit Hilfe des Staatsstreichs. Die bürgerliche Young-Presse kündigt das folgendermaßen an:

„... daß im Falle der Ablehnung des Meeresprogramms durch den Reichstag der Reichspräsident diese Gesetze „eben auf anderem als auf parlamentarischen Wege“ durchzuführen wird.“

Der Sinn dieser Umschreibung ist eindeutig und klar. Er bedeutet nicht mehr, aber auch nicht einen Jota weniger als:

Staatsstreich von oben!

den Werktätigen herausgeschunden werden: durch Erhöhung der Zölle auf Tabak unter Schonung deutscher Erzeugnisse. Hier wird also bereits das Tabakmonopol angekündigt.

Dagegen sollen die Realsteuern um 320 Millionen gesenkt werden, also ein neues Geschenk für Junker und Kapitalisten.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft steht der Plan der Brüning-Regierung den vollständigen Abbau der Wohnungswirtschaft vor. Bis zum 1. April 1931 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau abgebrochen werden. Am 1. April 1931 soll die endgültige Aufhebung des Wohnungsmanoeuvres erfolgen. Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz sollen am 1. April 1931 endgültig außer Kraft treten.

Arbeitszwangsgesetz

Geplant wird das Raubprogramm durch eine neue Offensive gegen die Erwerbslosen. Nicht allein, daß die Erhöhung der Beiträge sofort in Kraft tritt, wird diese Offensive noch auf anderem Wege fortgesetzt. Alle Kräfteunterstützten sollen der Wohlfahrtspflege zugeführt werden.

Zuherdem aber soll für alle Ausgaben der öffentlichen Hand, das heißt für alle städtischen und staatlichen Stellen, für die kommenden drei Jahre eine Höchstgrenze festgesetzt werden. Neben einer Beschränkung aller Ausgaben für kulturelle Zwecke ist hierbei selbstverständlich an die Ausgaben für soziale Zwecke gedacht. Mit anderen Worten: die Unterstützung der Hungernden soll unter allen Umständen auf der ganzen Linie eingeschränkt werden. In derselben Linie liegt auch die beabsichtigte Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die zunächst in Ostpreußen durchgeführt werden soll. Bei den Großpartnern hofft die Brüning-Regierung mit Hilfe der Nazi diesen Versuch am leichtesten durchzuführen zu können.

Das Brüning-Programm:

Gehaltsabbau und Steuerraub

Offene Unterstützung der Lohnabbau-Offensive der Unternehmer

Nicht weniger als eine Milliarde soll 1930 eingespart werden, selbstverständlich nur auf Kosten der Werktätigen. Zu diesem Zwecke soll ein sechsprozentiger Abbau aller Gehälter und Löhne der Staats- und Gemeindebeamten vorgenommen werden, die mehr als 1500 Mark im Jahre beziehen. Der gleiche Abbau soll auch an den Pensionen dieser Beamten vorgenommen werden.

Diesen ungeheuerlichen Gehaltsraub versucht Brüning dadurch schmählich zu machen, daß er erstens ankündigt, daß dieser Raub nur für drei Jahre Geltung haben soll und daß gleichzeitig ein 20prozentiger Abbau der Ministergehälter und der Abgeordneten-Löhne vorgenommen werden soll.

Was die erste Mißberatung betrifft, so kann ohne Bedenken gesagt werden, daß dieses Versprechen einen öffentlichen Betrug darstellt, denn die Regierung weiß ganz genau, daß sie dieses Versprechen nicht erfüllen können. Was aber den Abbau der Ministergehälter betrifft, so stellt auch diese Maßnahme einen Betrug dar. Die Minister sowohl als auch alle übrigen hohen und höchsten sonstigen Beamten haben neben ihren Gehältern noch so viele Nebeneinkünfte an Tagelohn, Repräsentationsgeldern usw., daß sie mühelos in der Lage sein werden, diesen Abbau durch entsprechenden Aufbau von der anderen Seite wieder zum größten Teil auszugleichen. Ganz abgesehen davon, daß auch, wenn das nicht mehr der Fall wäre, der Abbau von 6 Prozent bei einem Gehalt von 1550 Mark gegenüber einem solchen von 20 Prozent bei 40 000 Mark und mehr eine Ungeheuerlichkeit darstellen würde.

Das unerhörteste bei diesem Abbau ist aber der ausdrückliche Hinweis, daß diesem Abbau der Gehälter der Beamten unbedingt auch ein gleicher Abbau der Löhne und Gehälter in der Privatindustrie folgen muß. Also mit anderen Worten:

Die Geldsäcke haben ebenfalls sofort den Abbau einzuleiten.

Aber die Brüning-Regierung begnügt sich nicht mit dem Abbau der Löhne und Gehälter. Damit wäre die Hungerblodade nicht voll-

ständig im Sinne des schwarzen, von Brüning verkörperten Christentums. Es muß daher das Programm ergänzt werden durch neuen Zollwucher und neue Steuern. 167 Millionen sollen erneut aus-

Politischer Massenstreik: Die Waffe gegen den Plan der Hungerregierung

Die Brüning-Regierung weiß ganz genau, daß sie ihr Programm auf „demokratischem“ Wege durchzuführen nicht imstande sein wird. Deshalb ging der Verklindigung derselben auch die Ankündigung des Staatsstreichs parallel. Brüning kann dies tun, weil er, wie wir bereits eingangs angedeutet haben, sich nicht nur, wie vor dem 14. September, auf die Sozialdemokraten, sondern auch auf die Nationalsozialisten stützen kann. Zur Besprechung dieses Programms sind neben „Genossen“ Braun auch die Nazis eingeladen, die ihren „berühmten“ Regierungsmitteln dazu entfanden werden.

Diese letztere Tatsache in Verbindung mit dem offenen Einschwenken Hitlers in die legale Front der Young-Plan-Mäuser schafft eine eindeutige, klare Situation. Nur die kommunistische Partei steht als einzige Kraft zum Schutze des Proletariats bereit. Sie hat allein den Kampf um den 14. September nur mit dem Ziele geführt, diese Offensive nach der Wahl auszuweiten zum wehrhaften Massenkampf gegen die herausziehende faschistische Diktatur. Sie wird nicht um eines Saarets Breite von diesem Vorhaben abweichen. Das haben für die Partei Schlesiens und Oberschlesiens die in Betracht kommenden Körperschaften der Partei am vergangenen Sonntag ebenfalls zum Ausdruck gebracht.

Untergang in der Barbarei oder Kommunismus

So stand vor dem 14. September die Frage. Sie steht heute noch schärfer und eindringlicher vor der Arbeiterklasse. Als Waffe

gegen den Untergang steht dem Proletariat der politische Massenstreik zur Verfügung. Für ihn gilt es die Massen nunmehr zu mobilisieren.

Die Arbeiterklasse wird von einer ungeheuren Erbitterung befeuert. Am vergangenen Sonntag hat auch der Bezirksvorstand der SPD. für Mittelschlesien in Breslau sich unter dem Druck der Proleten gezwungen gesehen, sein „süßes“ Betrugsmanöver fortzusetzen, indem er eine Entschuldigungsannahme, die sich gegen eine Koalition, für einen scharfen Kampf gegen alle faschistischen Pläne aussprach. Wir werden auf diese Forderung noch zu sprechen kommen. Für heute aber steht bereits ziemlich eindeutig fest, daß die SPD.-Führer in Berlin, darunter auch Herr Paul Löbe, in entgegengesetzter Richtung tätig sind. Herr Löbe hat nicht nur im „Vorwärts“ am Dienstag einen Artikel geschrieben, der durchaus nicht nach „Kampf“ gegen den Faschismus aussieht, sondern gleichzeitig betätigt er sich mit seinen Berliner Freunden in der gleichen Linie wie vor dem 14. September, und die doch ganz einfach auf die Formel gebracht werden könnte: „Zurück zu Brüning.“ In der Mittwochabendausgabe der „Schlesischen Zeitung“ wird eine Meldung aus Berlin gebracht, wonach Wels und Hermann Müller in Übereinstimmung mit Braun Brüning gebeten haben, „keine Experimente zu unternehmen, die die Krise nur verschlimmern könnten“. Brüning sollte versuchen, auf außerparlamentarische Mittel zu verzichten.

Das sieht ganz bestimmt nicht nach einer Kampfansage aus, wohl aber in der Richtung, die wir eingangs bei Braun bereits vermerkt haben.

Die Arbeiterklasse aber, auch die sozialdemokratische, ist bestimmt anderer Ansicht. Im ganzen Reich gibt es innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter. Auch in Breslau ist es nicht anders. Die angebliche „Laubelt“ im Reichsbanner, die die Führer durch Verbieten politischer Diskussionen beseitigen wollen, ist auch nichts anderes als ein solches Symptom der Verrückung unter den Reichsbannerproleten.

Diese Tatsachen begünstigen unsere Arbeit für den politischen Majentampf. Rufen wir sie entsprechend aus. Zeigen wir auch den sozialdemokratischen Arbeitern, daß die Kommunisten recht gehabt haben, als sie im Wahlkampf den Wählern sagten, daß nicht der 14. September ein Schicksalstag sei, wie es die SPD.-Führer gesagt haben, sondern daß dieser Schicksalstag erst nach dem 14. September herauszuehen wird. Sehen wir alle Kraft dafür ein, daß an diesem Schicksalstag die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten aufmarschiert, damit dann dieser Schicksalstag ein Siegestag für die Arbeiterklasse wird.

Polizeiterrror gegen hungernde Erwerbslose

Deutlich ist. Im Zusammenhang mit der Erwerbslosen-Demonstration vor dem Stadthaus kam es am Montagmorgen zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, bei denen die Polizei wiederum äußerst rüchlos gegen die hungernden Demonstranten, auch Frauen und Kinder, vorgegangen ist.

Die Erwerbslosen demonstrieren vor dem tagenden Stadtparlament, weil ihre, durch die kommunistische Fraktion gestellten Forderungen behandelt wurden. Durch die Demonstration wollten sie den städtischen Körperschaften auf das deutlichste zeigen, daß sie ihre Forderungen kampfbereit einsehen. Und was tat die

Gummistempelgarde des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Danneberg? Sie schlug auf die um Arbeit und Brot demonstrierenden Männer, Frauen und Kinder brutal ein. Die Hungernden schrien vor dem Stadthaus:

„Gibt uns Arbeit und Brot!“

und die Polizei antwortete mit dem Polizeiterrror. Der Stadtverordnete Gewisse Drzymalla ist hierbei mit dem Gummistempel auf das brutalste geschlagen worden.

Auf diesen Polizeiterrror muß die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit einem Proteststurm in den Betrieben und mit wichtigen Protestdemonstrationen antworten.

Wohlfahrtsarbeiterstreik in Gleiwitz geht weiter (s. Oberschl. Seite)

Der Kampfband gegen den Faschismus

Das Programm der Brüning-Regierung liefert mit seiner Veröffentlichung den Massen bereits einen Vorgeschmack, was die faschistische Diktatur für sie bedeutet. Faschismus sind nicht nur die Naziterrorbanden, nicht nur der Überfall auf Arbeiter, der Streikbruch und der Mordanschlag. Faschismus ist auch die gewalttätige Niederhaltung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zur Sicherung der Hungerblockade, wie sie die Brüning-Regierung gegen das schaffende Volk verhängt hat. Faschismus bedeutet die juristischsten Lebensbedingungen für die Weltlichen, die fortgeschrittene kapitalistische Wirtschaft, eine grenzenlose Erwerbslosigkeit, die Ausplünderung der Armen durch die Reichen.

Aus dem Willen, den Faschismus in jeder Form und Erscheinung zu bekämpfen, ist der Kampfband gegen den Faschismus gegründet worden. Tausende und aber Tausende parteilose rote Wahlhelfer strömen in seine Reihen, begeistert durch den Wahlsieg der Kommunistischen Partei. Ihrem Kampfwillen gegen den Faschismus schließen sich brüderlich sozialdemokratische Arbeiter an, die mit dem 14. September das schmälteste Verlagen der deutschen Sozialdemokratie im Kampfe gegen den Faschismus und ihre sozialfaschistische Wegbereiterrolle erkannt haben. Der große Kampfband gegen den Faschismus formiert seine ersten Kolonnen in den Betrieben und an den Stempelstellen unter der Fahne der proletarischen Einheitsfront.

Jedem Klassenbewußten Arbeiter hat das jährliche Anwachsen der Nazi-Stimmen gezeigt, wie dringlich die Schaffung der großen antifaschistischen Einheitsfront ist. Man muß den befohlenen Mordaktionen des Faschismus gegenüberreten. Man muß alle antifaschistischen Kräfte zu einer politischen Front der Abwehr und des Gegenangriffes zusammenschweißen. Man muß den Faschismus in den Betrieben im Keime ersticken und austreiben. Man muß durch das Auftreten der roten Betriebswehren die Arbeiterfront in den Streiklämpfen gegen die faschistischen Streikbrecher stärken, durch die Erwerbslosenstaffeln die Stempelstellen faschistischer halten. Die Kraft, die alle diese Aufgaben erfüllen wird, ist der Kampfband gegen den Faschismus.

Eine tiefe Krise zerfrißt die ganze Sozialdemokratie. Es gibt heute wohl keinen ernsthaft nachdenkenden Sozialdemokratischen Arbeiter mehr, der in seinen Fingerring, Brotsatz und sonstigen arbeiterfeindlichen Schwermetallern der SPD-Nahrung eine Waffe gegen den Faschismus sieht. Die geradezu ungeheure Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter beruht auf ihrer wachsenden Erkenntnis, daß die Koalitions- und Polizeipolitik ihrer Führer sowohl den faschistischen Terrorbanden wie der faschistischen Hungerdiktatur Brüning den Weg bereitet hat. Die proletarische Einheitsfront, die aus dem Kampfwillen der Massen gegen den Faschismus wächst, entzieht gegen diese verräterischen polizeijournalistischen Führer.

Der neue Kampfband gegen den Faschismus ruft den sozialdemokratischen Arbeitern zu: Kommt zu uns! Reicht euch ein! Kampf gemeinsam mit uns gegen den Faschismus! Der Kampfband gegen den Faschismus ist keine kommunistische Parteiorganisation, sondern eine Organisation der breitesten kämpfenden Einheitsfront des werktätigen Volkes. Selbstverständlich kämpft er Schulter an Schulter mit der revolutionären Wahlfraktion des 14. September, der Kommunistischen Partei, der einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Partei des Proletariats. Im Kampf gegen den legalen und illegalen Faschismus ist dem Kampfband jeder sozialdemokratische, christliche oder parteilose Arbeiter ein willkommenes Kamerad und Mitkämpfer, ein Genosse im Gleichschritt der großen Armee für die Zerschmetterung des Faschismus, für die proletarische Befreiung.

In diesen Tagen finden überall Gründungsversammlungen des Kampfbandes statt. Getragen von revolutionärem Aufschwung in den Reihen der Arbeiterklasse wird in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohnbezirken eine gewaltige Kampforganisation der revolutionären proletarischen Einheit entstehen, geliebt von den proletarischen Massen, gehaßt von allen Faschisten und Sozialfaschisten. Sie wird neue wehrhafte Kadern im verschärften Klassenkampf gegen die Young-Ausbeuter, gegen die ganze kapitalistische Katastrophe- und Diktaturpolitik schaffen.

Vertätiger, ob Sozialdemokrat oder Kommunist, ob christlich oder parteiloser Prolet, dich ruft der Kampfband. Du und dein Kollege im Betrieb, im Büro, an der Stempelstelle, dein Wohnungsnachbar — für euch alle heißt es: Hinein in den Kampfband gegen den Faschismus!

★

Aufnahmefähigkeit für den Kampfband gegen den Faschismus siehe im Innern des Blattes. Anschrift des Kampfbandes: Willi Kasper, Berlin-Charlottenburg, Fasanenstr. 11.

Sturm im Bottroper Stadtparlament

Kampf der SPD. gegen die Young-Steuern Rathaus als Polizeistation

Bottrop, 1. Oktober. In der letzten Stadtverordnetenversammlung von Bottrop kam es bei Beratung der Diktaturkennern zu häßlichen Szenen. Von der SPD. lagen Anträge auf Einstellung der Young-Zahlungen, Einstellung von Winterhilfsmaßnahmen und gegen die Stilllegungen, Massenentlassungen und Freischichten im Bergbau und für die sofortige Einführung der Schiffsbeschränkung vor. Der Oberbürgermeister lehnte die Beratung der Anträge ab. Ein Sturm der Entrüstung legte bei den kommunistischen Vertretern der Stadtverordneten und bei den Arbeitern auf den Tribünen ein.

Zur gleichen Zeit marschierten vor dem Rathaus die Arbeiter unter Durchbrechung der Polizeibarricaden auf. Der Oberbürgermeister setzte Polizei gegen die kommunistischen Stadtverordneten und gegen die Arbeiter auf den Tribünen ein. Die Tribünenbesucher und der Stadtverordnete Genosse Hauschen wurden mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt. Die kommunistische Fraktion stimmte die „Internationale“ an, alle Epische von den Deutschnationalen bis zur SPD. vertiefen fluchtartig den Saal.

KPD. fordert Sturz der Preußenregierung

Mißtrauensantrag im Landtag — Am 14. Oktober Beratung

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun eingebracht. Der Antrag wird am Tage der Wiedereröffnung des Landtages, am 14. Oktober, zur Beratung stehen. Gleichzeitig werden mit diesem Antrag die kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages und der Protestantrag der KPD. gegen die verfassungswidrigen Beamtenentlassungen verbunden. Auf Grund dieses Vorstoßes der kommunistischen Fraktion werden im Preussischen Landtag nach seiner Wiedereröffnung die entscheidenden politischen Fragen Deutschlands zur Debatte gestellt werden. Der Aelterenrat ist wegen der kommunistischen Anträge bereits zum 8. d. M. einberufen worden.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Otto Braun steht im Preussischen Landtag am Tage nach der Eröffnung des neuen Reichstages zur Beratung. Er erfolgt gleichzeitig mit der Zustimmung des Sozialdemokraten Otto Braun zu dem unerhörten Ausplünderungsprogramm der Diktatur-Regierung Brüning-Hindenburg. Die kommunistische Partei zeigt sich auch hier wieder als die Führerin im Kampfe gegen die Young-Ausplünderung, gegen die Hungergesetze, gegen die Lohn-, Zoll- und Steuer-ränder, gegen die faschistische Diktatur.

Brünings Stützen

Der Konkurrenzkampf der SPD. und der Nazis um Ministeresessel

Ueber die Unterredung, die Brüning mit dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Otto

Braun, geführt hat, wird bekannt, daß Braun die Unterstützung der preussischen Staatsregierung im Reichsrat bei der Durchführung des Hungerprogramms in vollem Umfange zugesagt hat. Ein formeller Beschluß der preussischen Regierung darüber soll am Donnerstag oder Freitag gefaßt werden.

Am Dienstagabend hat Brüning mit den Vertretern der Sozialdemokratie, Hermann Müller und Weis, die ersten Vorgesprächen gehabt, die als offiziell bezeichnet werden. Der offizielle Empfang der SPD-Vertreter ist für Donnerstag vorgesehen.

Von den Nationalsozialisten werden als Unterhändler über die Durchführung des Hindenburgschen Hungerprogramms Dr. Fried und Rechtsanwalt Dr. Frank, der Rechtsbeistand Hitlers, genannt. Die Nationalsozialisten beginnen bereits, dem Brüning'schen Programm teilweise zuzustimmen. Im „Völkischen Beobachter“ vom 1. Oktober heißt es: „Be-grüßen wir allerdinge die Gehaltskürzung des Reichspräsidenten, der Minister und der Mägen der Abgeordneten“. Der „Völkische Beobachter“ deutet also dieses Manöver, das die Massen über die ungeheuren Verbrennen des neuen Ausplünderungsplans hinwegtäuschen soll.

Der Ministeresessuch der NSDAP. gab der Führer der faschistischen Landtagsfraktion der Nazis, Kuno Meyer, in einer Versammlung in Dresden Ausdruck. Er erklärte, wie im Reich, so seien die Nationalsozialisten auch in Sachsen durchaus bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. Ihre Forderungen seien bekannt: im Reich das Innen- und das Reichswehrministerium, in Sachsen das Innen- und das Arbeitsministerium. Dabei seien sie einverstanden mit einer Zusammenlegung beider Ministerien in einer Hand. Es geht ihnen also nur um die Ministeresessel und nichts anderes. Dabei werden sie schon billiger. Mit einem Minister machen sie es auch.

6,5% Erwerbslosenbeitrag ab 6. Oktober

Die Durchführung dieses Raubzuges erfolgt durch Notverordnungs-diktatur

Die Beitragserhöhung für die Erwerbslosenversicherung von 4½ auf 6½ Prozent soll schon vor der allgemeinen Durchführung des „Wirtschafts- und Finanzplans“ der Brüning-Regierung erfolgen. Auf Grund der Notverordnung Hindenburgs soll die Erhöhung der Beiträge noch in dieser Woche mit Wirkung ab 6. Oktober verkündet werden, um noch im laufenden Quartal die entsprechende Einnahmeerhöhung zu erzielen. Damit auch diese Maßnahme allein den werktätigen Massen Belastung bringe, sind im Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung erhebliche Steuerergüsse für die Unternehmer vorgezogen. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ stellt mit Befriedigung fest, daß ein Teil dieser Steuerergüsse, die

Senkung der Gewerbesteuer, ungefähr der Mehrbelastung der Unternehmer durch die Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeiträge entspricht.

Die Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge unabhängig von der Annahme des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Brüning-Regierung durch Notverordnungs-diktatur dient zugleich der Einschüchterung des Parlaments. Brüning will demonstrieren, daß er, ohne Rücksicht auf das Parlament, sein Ausplünderungsprogramm durchführen will. Er zeigt damit, daß der Inhalt der faschistischen Diktatur Ausplünderung der hungernden Massen ist, daß der Kampf gegen den Faschismus für die Werktätigen zugleich ein Kampf um ihre materielle Existenz ist.

Blutheke gegen die Führer der KPD.

Das Todspiegelwerk gegen den KPD. wird enthüllt

Leipzig, 1. Oktober (Eig. Drahtbericht). Im Jugendtag-Prozess wird als weiterer Zeuge der Polizeioberinspektor Bucheder vernommen. Die Zeugenaussagen dieses Polizeioberinspektors sind eine einzige Blutheke gegen die Führer der KPD. Der Zeuge will den Namen eines bestimmten Polizeibeamten nicht nennen, und als der Verteidiger Kolbe darüber Gerichtsbeschluß forderte, ging der Zeuge ans Telefon und ließ sich vom Polizeipräsidenten Gleißner ein Sprechverbot erteilen.

Polizeihauptwachmeister Tschoppe verhaftete den Hauptbeschuldigten Haubenreißer. Dieser Zeuge spielt eine sehr zweifelhafte Rolle und hat in Abwesenheit Haubenreißers in dessen abgenommenen Sachen einen Gepäckchein gefunden. Das vom Bahnhof auf diese Weise abgeholt Paket enthielt eine Revolvertasche, eine KZB.-Mütze, ein Transparent und anderes. Das Paket wurde anfangs nicht genau untersucht (!) und bei einer späteren Untersuchung fand man dann ein Ahselstüd einer Polizeiuniform (!).

Der Angeklagte Haubenreißer erklärt im erregten Ton, dem Staatsanwalt zugewendet, daß der Staatsanwalt Hölder sich in der Gefängniszelle Haubenreißer als Verteidiger vorgestellt habe (!). Allgemeine Entrüstung geht durch den Gerichtssaal. Staatsanwalt Hölder steht ganz verdattert da und macht verlegene Ausflüchte, muß aber trotzdem bekämpfen, daß er diese Expressermethode angewandt hat. Genosse Haubenreißer bezeichnet den Staatsanwalt mit energischen Worten als Lüge.

„Schwung in die Reichswehr“

Der Reichsanwalt hält eine Verteidigungsrede

Leipzig, 1. Oktober. In der heutigen Verhandlung des Reichswehrprozesses begannen die Plaidoyers der Reichsanwälte und der Verteidiger. Die Reichsanwälte beantragten

Die Young-Vögel rauben den Arbeiterkindern das Stück Brot

Mannheim, 1. Oktober. Die Mannheimer Stadtverwaltung, geführt von Sozialdemokraten, spart an den Kindern der Werktätigen ein, was sie in dem Gewaltapparat des kapitalistischen Staates gebraucht. Sie beschränkt die Schulkinderzuschüsse und hebt sie praktisch für den größten Teil der Kinder sogar auf. Während bisher die Eltern, wenn sie noch in Arbeit standen, pro Woche 20 Pf. für die Schulkosten zahlten und die Kinder der Erwerbslosen freie Schulpflicht hatten, müssen jetzt alle Kinder, auch die der Erwerbslosen, 60 Pf. pro Woche zahlen und zugleich sind die Milchportionen verkleinert. Die Brötchen, die es bisher gab, werden völlig abgeheißt.

gegen die drei Angeklagten Scheringer, Wendt und Lubin zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Lubin und Scheringer gleichzeitig Entlassung aus der Reichswehr. Gegen Scheringer wird weiter wegen Veröffentlichung eines Artikels im „Völkischen Beobachter“ eine Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis beantragt, die mit der anderen Strafe zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis zusammengezogen werden soll. Das Plaidoyer der Reichsanwälte war eine einzige Entschuldigung der angeklagten Offiziere, die als „brauchbare, tüchtige Soldaten“ bezeichnet wurden. Es sei „begreiflich, daß sie gern Schwung in die Armee bringen wollten“. Dabei drückt sich die Reichsanwaltschaft um eine offene Beantwortung der Frage der Staatsfeindlichkeit der NSDAP. herum.

Der nationalsozialistische Verteidiger Frank erklärt, die Äußerungen der Angeklagten seien bei den jungen Reichswehr-offizieren alltäglich. Nach der Vernehmung Adolf Hitlers unter Eid habe das Gericht kein Recht mehr, die Legalität der NSDAP. anzuzweifeln. Zum Schluß fordert er nicht nur Freisprechung der Angeklagten, sondern vor allem Wiedereinstellung in die Armee.

20% oder alles?

Im Polizeibericht liest man manchmal, daß erstappte Diebe, um sich vor ihren Verfolgern zu retten, Teile ihrer Beute von sich werfen in der Hoffnung, der verfolgende Haufen werde dadurch aufgehalten. Dieses letzte Mittel, meist aus der Verzweiflung geboren, hilft nur in den seltensten Fällen.

Im politischen Teil der bürgerlichen Zeitungen vom Hafenzug bis zur SPD. stehen jetzt lange Lobesgänge über die im Brüning-Raubprogramm enthaltene Gehaltskürzung für den Reichspräsidenten und die Minister um 20 Prozent.

So wirkt sich die Hungerpolitik Brüning im täglichen Leben der Arbeiter aus.

Das faschistenfreundliche Reichsgericht

Leipzig, 2. Oktober. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte heute wiederum seine offene faschistenfreundliche Haltung. Trotdem keinerlei irgendwie rechthaltigen Gründe angeführt werden konnten, verwarf es das Urteil erster Instanz gegen den faschistischen Kämpfer Gregor Straker, das wegen Ministerbeleidigung gefällt worden war und wies die Sache zur neuerlichen Behandlung an das Landgericht III in Berlin.

Waldenburger Bergland Die berufsmäßigen Verleumder der „Dredwacht“

Ein Reinfall der Klassenjustiz — Die Wende-Kulis sind wütend darüber

Wir haben vor kurzem die schamlose Zutretterrolle der Wende-Kulis von der „Dredwacht“ entsprechend angeprangert. Sie hatten sich nicht geschämt, nach der Verhaftung unseres Genossen Schulz die Justiz zu einer möglichst langen Strafe anzutreiben. Wir haben dabei u. a. ausgeführt, daß es gegenüber solchen Journalisten gar keinen Maßstab für ihre Gemeinheit gibt. Wie recht wir damit hatten, beweist eine neue Gemeinheit, die sich diese Durschen geleistet haben.

Der Genosse Schulz stand dieser Tage vor den Waldenburger Klassenrichtern, weil er sich angeblich gegen das „berühmte“, vom „Meinen Metallarbeiter“ Severing geschaffene Republikanischgesetz vergangen haben sollte. Bezeichnend ist schon die Einleitung eines Berichtes über die Gerichtsverhandlung, in dem es heißt:

„Am Abend des 21. Juni zog unter Führung des bekannten Schulz eine Rote Kommunisten durch Wald Salzbrenn. Sie wollten scheinbar durch ihr Gebrüll den Kurgästen den Aufenthalt in Salzbrenn verleidet.“

Man merkt es diesem elenden Schmierlappen an, daß er am liebsten geschrieben hätte: „Eine Rote von Verbrechern wollte durch Schreien nach Brot die braven, guten, ehlen GeWäde, die sich in Salzbrenn von ihrer schweren Arbeit erholen, kören.“ Für diesen Wende-Kuli stand es demnach fest, daß er schuldig war und bestraft werden mußte. Aber obwohl der Kuli sich noch nachträglich die größte Mühe gab, in seinem Bericht „Beweise“ für die Schuld des Schulz beizubringen, selbst die Klassenrichter der Bourgeoisie, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, einen Kommunisten hinter Schloß und Ringel zu bringen, sie mußten Schulz freisprechen. Sie stellten ausdrücklich fest, daß es sich nur um eine Demonstration gegen das Verbot des NSD. gehandelt hat. Gegenüber dieser eindeutigen Fest-

stellung des Gerichts wagt der „Dredwacht“-Kuli folgende Sätze niederzuschreiben:

„Der Schulz kennt, wußte, daß er sich mit hochtönenben Phrasen um die Verantwortung drücken würde. Ganz harmlos sei die Demonstration gewesen, keine Spur vom Rotfront-Kämpferband.“

Sätze es einen Maßstab für diese Gesellen, würden wir sagen: „Lieser geht's nimmer.“ Weil es das aber, wie schon gesagt, nicht gibt, deshalb genügt es, diese Gemeinheit einfach niedriger zu hängen.

Genosse Schulz hatte sich am gleichen Tage noch wegen eines anderen „Verbrechens“ zu verantworten. Auch hier hatten die „Dredwacht“-Denunzianten Besch. Sie mußten auch bei diesem Fall erleben, daß die Justiz nicht vermochte, sich zu einer Beurteilung zu entschließen, wie sie die „Dredwacht“ von dem „Verbrechen“ hat. Obwohl der Anklagevertreter fünf Wochen Gefängnis beantragte, erhielt Genosse Schulz wegen Beleidigung des Landjägers und eines Reichswehrgeleiteten je 50 Mark Geldstrafe. Dieser zweite Reinfall war dem Tintenkuli so unangenehm, daß er sich die Gemeinheit glaubt leisten zu können, dem Genossen Schulz Freigang vorzuwerfen. Nun, dazu haben wir nur zu sagen, daß wir den Genossen Schulz beleidigen müßten, wenn wir diesem Kuli darauf antworten würden. Die Arbeiter des Waldenburger Gebietes wissen, wie sie diese Kulis einzuschätzen haben. Sie haben besonders auch in Salzbrenn am 14. September die erste Antwort erteilt. Sie werden auch auf diese Gemeinheit weiter im gleichen Sinne antworten, und dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo mit diesen Gesellen abgerechnet werden wird.

Justizskandal in Waldenburg

Man schreibt uns: Die Tochter des Schuhmachermehlers Hoffmann aus Altwasser war bei dem Kaufmann Friedrich Kloos in Waldenburg in Stellung. Sie hat sich auch laut Zeugnissen in der ganzen Familie großes Vertrauen erworben, was bei Herrn Kloos allerdings noch einen anderen Grund hatte. Denn dieser hatte es verstanden, mit dem Mädchen ein Verhältnis anzuknüpfen, trotzdem er bereits 64 Jahre alt ist. Dieses Verhältnis hatte Folgen, und als das Mädchen offen Herrn Kloos als Vater des Kindes angab, wurde gegen das Mädchen eine Hebe entfaltet. Herr Kloos wagte es sogar, seine Vaterschaft abzustreiten. Als nun das Mädchen unter Eid dabei blieb, daß Kloos der Vater sei, wurde ein Meineidsverfahren gegen dasselbe eingeleitet, welches aber zum Freispruch des Mädchens führte. Da auch Kloos seine gegenteilige Aussage beschworen hatte, mußte jetzt wohl oder übel gegen Kloos ein Verfahren eingeleitet werden. Zu einer Gerichtsverhandlung kam es aber nicht, es soll vielmehr das Verfahren eingestellt worden sein. Hier stimmt also etwas nicht. Entweder hat das Mädchen einen Meineid geleistet, dann müßte seine Verurteilung erfolgen, oder Kloos hat falsch geschworen, dann müßte gegen ihn das Verfahren durchgeführt werden.

Hier muß demnach unbedingt sofortige Aufklärung erfolgen, aus welchen Gründen das Verfahren gegen Kloos nicht durchgeführt wurde. Es geht unter keinen Umständen, daß die Sache etwa veruscht wird. Auch die Stadtverwaltung ist hier verpflichtet, einzugreifen. Sie zahlt für das Kind die Alimente. Sonst ist aber die Stadtverwaltung immer sehr schnell bei der Hand; wenn es gilt, für ein sogenanntes uneheliches Kind zu sorgen, dann wird der Vater schnell ausfindig gemacht. Warum geschieht das hier nicht? Wir werden jedenfalls die Sache nicht ruhen lassen, bis Aufklärung erfolgt ist.

Nazi-„Heldentum“

Wäfigersdorf. Daß die Nazigefellen keine Kämpfer gegen die Kapitalisten sind, ist allgemein bekannt. Auch hier sind diese Helden nicht anders. Vor kurzem zeigte sich dies bei einem Vorgang in der Wirtschaft Schwarz im Oberdorf. Ganz offen erklärte hier der Nazi Reinhold Liebig, daß er andersgesinnte Arbeiter kaputt schlagen wolle. Und eine ähnliche Marke ist der Haushalter von Bennsdorf, Walter Böllel, der unserem kriegsverlebten Genossen Bischof gegenüber sagte, er werde ihm auch noch das andere Bein kaputt schlagen. Diesem Vurschen gilt es das Handwerk zu legen. Auch in dem kleinsten Ort müssen wir dafür sorgen, daß der demnächst ins Leben tretende antifaschistische Kampfband geschaffen wird, dann wird diesen „Helden“ schon das Drohen vergehen.

Kleine Nachrichten

Beißstein. Freireligiöse Gemeinde und Freidenkerverein halten am Sonntag, dem 5. Oktober, um 20 Uhr, im großen Saal des Jugendheims einen öffentlichen Vortragabend ab, in welchem über das Thema gesprochen wird: „Eingemauerte Klosterfrauen.“

Gottesberg, 1. Oktober. Der 31-jährige Geschäftskreisende Josef Södel von hier verübte in Reife Selbstmord. Er wurde beobachtet, wie er von der Eisenbahnbrücke in die Reife sprang und sofort unterging. Am Ufer hatte er seine Aktentasche und seine Papiere niedergelegt.

Schweidnitz, 1. Oktober. Bei dem schweren Gewitter am Dienstagvormittag wurden in Konradswaldau auf der Weide zwei Kühe des Gutbesizers Martin Langer vom Blitze erschlagen. Das Unwetter hauste in der Gegend so schwer, daß viele Telefonleitungen zerstört wurden.

Wäfigersdorf, 1. Oktober. Tragik. Der 73-jährige Rentner Johann Langer in Friedrichsberg wurde während der Vorbereitungen zur goldenen Hochzeit vom Herzschlag getroffen.

Jeder Arbeiterfunktionär

braucht den „Parteiarbeiter“
Er wird bei der Post bestellt und kostet
56 Pfennig im Vierteljahr.

Kaufung

Rohe Ausnutzung eines tragischen Unglücks

Man schreibt uns: In Tiefhartmannsdorf ereignete sich vor kurzem folgendes: Drei junge Vurschen von hier waren auf dem Friedhof mit Gießen beschäftigt gewesen. Auf dem Nachhausewege wurden sie von ihrem Nachbar befragt, was sie auf dem Friedhof gemacht hätten. Scherzweise antworteten sie, daß sie sich Gräber ausgesucht hätten. Nun fügte es ein tragisches Geschick, daß alle drei jungen Leute nacheinander tödlich verunglückten. Der letzte verunglückte bei einem Motorradunfall. Bei der Beerdigung benutzte nun der die Leichenrede haltende Ortspastor diese Tragik, um unter dem Motto: „Gott läßt seiner nicht spotten“ ein bißchen in Seelensängerei zu machen. Anstatt Rücksicht auf die von dem Unglück Betroffenen zu nehmen, da doch der Grundzug des Christentums allesverzeihende Liebe sein soll, tat er das Gegenteil. Diese Ausbeutung eines Unglücks steht den Vertretern der Kirche um so schlechter an, weil es doch feststeht, daß es die Herren Pastoren durchaus in der Ordnung finden, wenn vom Moloch Kapital alle Tage Menschen in der empörendsten Weise gemordet werden, wie das noch vor kurzem bei dem Hausdorfer Unglück der Fall war. Viel Erfolg hat aber der Pfarrer nicht gehabt, das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Und an den Arbeitern wird es liegen, dafür zu sorgen, daß sein „Erfolg“ noch ein ganz anderes Gesicht bekommt, indem sie auch diesen Vorgang benutzen, um alle die, welche innerlich mit der Kirche gebrochen haben, zum Austritt aus der Kirche auffordern.

Unterbezirkskonferenzen der Partei

Sonntag, den 5. Oktober, in folgenden Orten:

- 12. Orlitz: 9.30 Uhr in Orlitz, Lokal „Felsenkeller“, Sonnenstraße. Referent Genosse Dombrowski. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Orlitz, Lauban, Löwenberg (südliche Hälfte), Rothenburg (soweit zum Bezirk Schleien gehörig).
- 13. Riesa: 9 Uhr in Riesa, Restaurant „Zum Haag“. Referent Genosse Preiß. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Riesa, Goldberg-Haynau, Löben und Jauer.
- 14. Bunzlau: 9 Uhr in Bunzlau, Lokal „Zur Hoffnung“, Schloßstraße. Referent Genosse Brodke. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Bunzlau und Löwenberg (nördliche Hälfte).
- 15. Grünberg: 10 Uhr in Grünberg, Lokal „Goldener Frieden“. Referent Genosse Reimann. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Grünberg und Freyhaldt.
- 16. Glogau: 9 Uhr in Glogau, Lokal „Grüner Baum“. Referent Genosse Ulrich. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Glogau, Gutsrau, Fraustadt und Steinau.
- 17. Sagan: 14 Uhr in Sagan, Lokal „Deutscher Kaiser“, Halbauerstraße. Referent Genosse Schirdehman. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Sagan und Sprottau.
- 18. Schweidnitz: 9.30 Uhr in Schweidnitz, Lokal „Stadt Breslau“. Referent Genosse Wolweber. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Schweidnitz, Kollentain, Striegau sowie die Ortsgruppen Borganie, Sachwitz, Rogau-Rosenau und Ströbel.
- 19. Miesengebirge: 9 Uhr in Schmiedeberg, Lokal „Fleisch Gasthaus“. Referent Genosse Paris. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Dirschberg, Landeshut und Schönau.
- 20. Langenbielau: 9 Uhr in Langenbielau, Geschäftsstelle der „Arbeiterstimme“. Referent Genosse Robens. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Reichenbach, Rimplsch, Frankenstein, Münsterberg und Neurode.
- 21. Lager Bergland: 10 Uhr in Habelschwerdt, Lokal „Zur Sonne“, Weltstrichstraße. Referent Genosse Klein. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Clay und Habelschwerdt.
- 22. Ohlau: 9 Uhr in Ohlau, Lokal Schmidt, Decker Weg. Referent Genosse Wiesner. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus den Kreisen Ohlau, Brieg und Streken.
- 23. Waldenburg: 9.30 Uhr in Waldenburg, Lokal wird noch bekanntgegeben. Referent Genosse Müller. Teilnehmer müssen alle Ortsgruppen aus dem Kreise Waldenburg sowie die Ortsgruppen Rothenbach, Schwarzwaldbau.

Mittelschlesien

Die Arbeiter kommen zur roten Klassenfront

Brieg. Am Montagabend veranstaltete der kommunistische Jugendverband im Verein mit der Roten Hilfe und Partei eine Protestkundgebung gegen die Klassenjustiz anlässlich der Verhandlung in Leipzig gegen 15 Jungarbeiter. Einige Hundert Arbeiterfrauen, Männer und jugendliche Arbeiter lauteten den Ausführungen des Genossen Schäfer, der das System der Klassenjustiz aufzeigte. Der lebhafteste Beifall und die Zustimmung zeigten, wie recht der Redner mit seinen Ausführungen hatte. Eine am Schluß verlesene Resolution auf sofortige Einstellung der Leipziger Verhandlungen und Freilassung der Jungarbeiter wurde von der überwiegenden Mehrzahl der Versammelten angenommen. Am Schluß der Kundgebung meldeten sich einige Arbeiter zur Partei an, bezüglichen auch zum NSD.

Kind beim arbeiten verunglückt

Strehlen. Auf dem Dominium Bärzdorf wurde der Sohn des Meisters Krauß, noch nicht neun Jahre alt, mit Wasserfahren zum Dampfzug beschäftigt. Das Kind stürzte vom Wasserwagen, wurde überfahren und brach sich außerdem beim Herunterfallen den Arm. Ein Arbeitsloser könnte das neunjährige Kind in der vom Großagrarier zugebotenen Arbeit sehr gut erziehen. Aber mit einem Kinde kann man umspringen wie man will; ein erwachsener Arbeiter verbietet sich das und kostet obendrein eben mehr wie 75 Pf. den Tag. — Proleten, kämpft mit aller Energie gegen die Kinderarbeit an!

Schmutzige Hebe gegen Sowjetrußland

Der „Volksfreund für Stadt und Land“ druckt aus der „Goldarbeiter-Zeitung“ einen Artikel nach, der die Verhältnisse in Sowjetrußland in den schwärzesten Farben schildert. Der Bericht fügt sich auf die angeblichen Ergebnisse von zwei Vergleichen, die in Sowjetrußland Arbeit genommen hatten, aber sehr bald nach Deutschland zurückkehrten. Da wir bereits mehrere Briefe von deutschen Bergarbeitern aus Rußland veröffentlicht hatten, brauchen wir nicht besonders zu betonen, daß an den Veröffentlichungen der „Goldarbeiter-Zeitung“ auch nicht ein wahres Wort ist.

Sie kommen wieder!



Rund um den Erdball

Ein Munitionsdepot nach dem andern fliegt in die Luft

Explosionstatastrophe in Südslawien

8 Todesopfer, 14 Schwerverwundete — Wilde Flucht der Umwohner

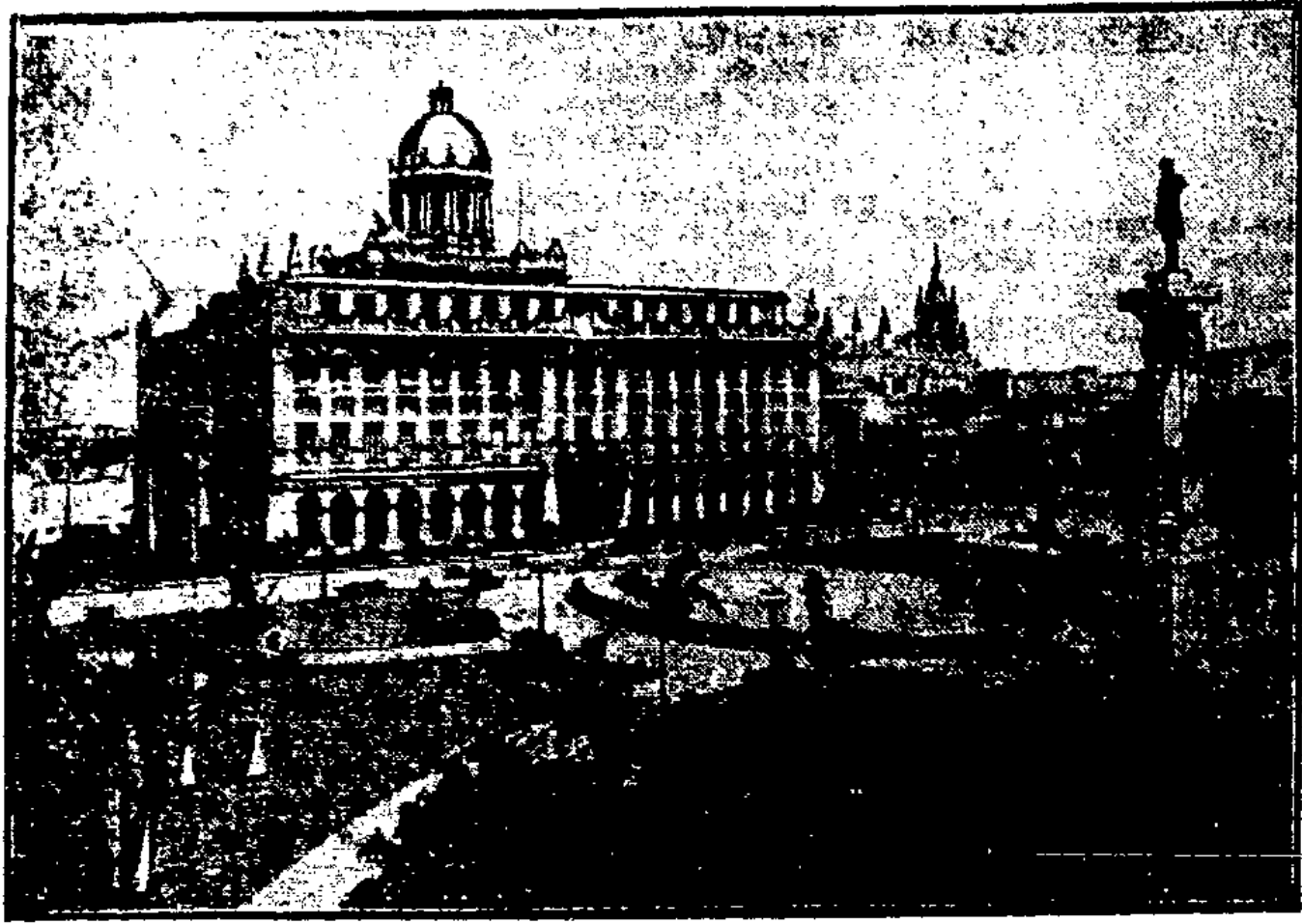
Wien, 1. Oktober. Mitten vor drei Tagen berichteten, daß bei Mucel-les-Bunville ein riesiges Munitionsdepot der französischen Imperialisten in die Luft flog, so meldet heute der Telegraph eine ähnliche Katastrophe aus Südslawien. Dort explodierte in der Nähe der an der griechischen Grenze gelegenen Stadt Ghetweli ein riesiges Munitionsdepot, bei dem nach den bisher vorliegenden Meldungen acht Militärpersonen ums Leben kamen und vierzehn schwer verwundet wurden. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Opfer noch bedeutend größer ist.

Nach der ersten Explosion erfolgte mit ungeheurer Gewalt noch ein Duzend weitere. In wilder Flucht brach-

ten sich die Bewohner Ghetwells vor den herumschlagenden Geschosspittern in Sicherheit. Sie flüchteten auf griechisches Gebiet und berichteten dort, daß sich kein Mensch dem Explosionsherd zu nähern wage, weil dort immer noch Geschosse explodieren.

Genau wie vor drei Tagen bei der Explosion in Frankreich, ist man auch hier gleich bei der Hand, die Explosion auf einen Anschlag zurückzuführen. Ohne die leisesten Beweise zu haben, beschuldigt man die bulgarischen Komitatssoldaten der Brandstiftung. Nach den Berichten einiger überlebender Zeugen der Katastrophe soll jedoch ein Wachtposten aus Unvorsichtigkeit durch eine brennende Zigarette das Unglück verschuldet haben.

Sturm auf den Kubanischen Präsidentenpalast



Demonstrierende Studenten versuchten vor einigen Tagen den Präsidentenpalast — unser Bild — in Havanna auf Kuba zu stürmen. Bei der Abwehr des Angriffes durch ein rings um den Palast aufgestelltes Polizeiaufgebot kam es zu einem Feuergefecht und einem erbitterten Handgemenge, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Die Ursache der unzufriedenen Stimmung unter den Arbeitern und Studierenden ist, wie überall, in der wirtschaftlichen Not und dem Massenelend zu suchen. Die verschiedensten Cliquen versuchen, mit den erregten Volksmassen ihre dunklen Ziele durchzusetzen.

Erbitterter Erbschaftskrieg zweier Brüder

Ein heimtückischer Mordversuch

Gastohr heimlich durch die Decke zur Wohnung des Bruders geleitet

Waltershausen, 1. Oktober. Einen heimtückischen Mordversuch verübte in der Sonntagnacht der Kaufmann Fritz Braunstein auf seinen im gleichen Hause über ihm wohnenden Bruder Hermann, indem er versuchte, ihn als Miterben durch Gas zu vergiften. Zum Glück konnte dieser raffiniert eingefädelte Anschlag vereitelt werden. Nach einem Fluchtversuch wurde der irubellose Erbschaftskrieg verhaftet.

Ergänzend wird zu diesem aufsehenerregenden Vorfall bekannt, daß es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß Hermann Braunstein nicht dem Anschlag seines Bruders Fritz zum Opfer gefallen ist. Als nämlich gegen Mitternacht die Ehefrau Hermann Braunsteins nach Hause zurückkehrte, bemerkte sie bereits in der Küche einen starken Gasgeruch. Ihre Bemühungen, das Licht einzuschalten, waren vergeblich. Als sie eine Petroleumlampe mit einem Streichholz anzünden wollte, erfolgte eine Explosion. Die sofort alarmierte Polizei und Feuerwehrr war bald zur Stelle.

Bei der Untersuchung der Wohnung fand man im Schlafzimmer, wo Hermann Braunstein schon fast betäubt im Bette lag, ein Loch im Fußboden, durch das ein Gastohr herausragte.

Der die Untersuchung leitende Beamte ging darauf fort,

um einen Sachverständigen zu holen. Als er mit demselben zurückkehrte, stellten sie zu ihrem Erstaunen fest, daß das Gastohr inzwischen verschwunden war.

Als Hermann Braunstein das Bewußtsein wieder erlangt hatte, und man ihm den Mordversuch auf seine Person berichtete, rief er sofort in größter Erregung:

„Das bringt nur mein Bruder Fritz fertig.“

Tatsächlich fand man bei der weiteren Untersuchung in der darunterliegenden Wohnung, daß ein erst kürzlich verputztes Loch in der Zimmerdecke wieder aufgerissen war. Fritz Braunstein selbst oder einen weiteren Beweis seiner Schuld fand man jedoch nicht.

Im Begriff, das Haus zu verlassen, wurden die Beamten von Nachbarn darauf aufmerksam gemacht, daß auf dem Dach des Hauses, trotz der Dunkelheit, eine Gestalt gesichtet worden sei. Man begab sich auf das Dach und es gelang tatsächlich, Fritz Braunstein, der sich durch Flucht der Verhaftung entziehen wollte, festzunehmen. Er gestand ein, durch die ewigen erbitterten Erbschaftskrieglichkeiten mit seinem Bruder in eine solche Wut geraten zu sein, daß er beschloß, den Erbschaftsriwalen umzubringen. Er wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Gotha eingeliefert.

Mit gespaltenem Schädel aufgelunden

Graufige Bluttat in Nürnberg

Der mutmaßliche Täter verhaftet

Nürnberg, 1. Oktober. In seiner Wohnung Wilthstraße wurde der 30jährige verheiratete Maler Herwich mit einer klaffenden Wunde und gespaltenem Schädel tot aufgefunden. Neben dem Ermordeten lag das zur Tat verwendete Meißel. Es gelang, den mutmaßlichen Täter namens Parrer zu verhaften.

Der ermordete Maler lebte mit seiner Frau seit längerem in Scheidung. Wiederholt war es zwischen den Eheleuten zu Streitigkeiten gekommen. In der Nacht zum Mittwoch endlich wurden die Hausbewohner durch Hilferufe aufgedeckt. Sie hörten noch einen Schlag, vernahmen aber annähernd nichts mehr. Der Verhaftete wohnt im gleichen Hause und soll bei einer früheren Streitigkeit zwischen den Eheleuten der Frau Herwich zu Hilfe geeilt sein.

Schiffsexplosion auf der Unterelbe

Am Dienstagabend geriet auf der Unterelbe ein Motorsegler durch eine Explosion in Brand. Eine Löschung des Brandes war nicht möglich, so daß das Schiff innerhalb ganz kurzer Zeit sank. Ob Menschenleben amgetommen sind, ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen.

Erdstöße in Böhmen

Zwischen Eger und Franzensbad wurde am Dienstagabend mehrere Erdstöße verspürt. Nach Aufzeichnungen der Erdbebenwarte dauerte die Erdbebenbewegung 20 Sekunden. In Eger machte sich das Erdbeben in Form eines unterirdischen Grollens bemerkbar, an anderen Orten wurden schwache Erdstöße gespürt.

Der Halleluja-Funk des Papstes

„Stellvertreter“ Gottes wehlt seinen neuen Radiosender ein

Der Kurzwellensender des Vatikans, der in päpstlichem Auftrag von Marconi erbaut wird, steht vor der Vollendung. Wie der „Observatore Romano“ mitteilt, werden im Laufe des kommenden Monats die ersten Versuchsversuche vorgenommen. Die Sendestärke des vatikanischen Kurzwellensenders soll so groß sein, daß der Sender in ganz Europa einwandfrei gehört wird. Die Leistungsfähigkeit des Senders wird noch erhöht durch seine Verbindung mit der zentralen Besprechungsstelle des italienischen Rundfunknetzes. Dazu ist eine besondere Kabelleitung gelegt. Auch mit den beiden sehr starken italienischen Kurzwellensendern besteht Kabelverbindung. Damit soll vor allem auch eine gute Übertragung vatikanischer Sendungen nach Amerika und in den Fernen Osten gesichert sein.

Die bevorstehende Eröffnung des Senders und die erste Rundfunkansprache des Papstes wird, wie die Zentrumspresse triumphierend meldet, auch auf die Mehrzahl der europäischen Großstädter übertragen. „Der Rundfunk wird zur Weltkranz der Kirche.“ — Hosanna, rufen die Blätter des Zentrums.

Der Arbeiter weiß, daß dieser Rundfunksender nur ein neues Mittel zur päpstlichen Lügehege gegen die Sowjetunion und gegen die Werktätigen der ganzen Welt ist. Gleichgültig wird er dazu beitragen, daß die Radioprogramme noch stärker verpöfft werden als bisher schon.

Der Kalif ruft auf

Gegen den Fortschritt als bolschewistische Propaganda

In der italienischen Zeitschrift des römischen „Orientalischen Instituts“, im „Orient Moderno“, lesen wir, daß der in der Schweiz in Verbannung lebende frühere Kalif Abdul Medjid an alle Muselmänner einen Aufruf gerichtet hat. Der Aufruf des Kalifen beginnt mit einem Appell an alle Herrscher der Welt, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Throne durch die Bolschewisten zum Wackeln gebracht würden. Sie sollen alles unternehmen, um die bolschewistische Propaganda im Keime zu ersticken.

Er wendet sich dann an alle Gläubigen und sucht zu beweisen, daß alle „Schlagworte“ wie „Fortschritt“ usw., die jetzt auch im Orient so modern geworden sind, nichts anderes seien als bolschewistische Agitation. Die Muselmänner sollen sich durch diese neuen Parolen nicht betören lassen, sie sollen ihren Glauben nicht mit modernen Ideen vertauschen, nur so könne wieder eine „gute alte Zeit“ kommen, wo die bolschewistische Propaganda vernichtet wird.

Bezeichnenderweise ruft Abdul Medjid insbesondere Mussolini auf, die „bolschewistische Herrschaft“ zu brechen.

Im Dreieck des Papstes, der kapitalistischen Mächte und der Sozialdemokratie fehlte bisher tatsächlich nur dieser weggejagte Kalif!

Schweres Unglück auf einer Kolerieanlage

Auf der Kolerieanlage des Schweizer Bergwerksvereins in Mariadorf kamen am Montag nachmittag vier Arbeiter, die an der Schaltbrettreinigungsanlage beschäftigt waren, mit einer 500 Voltleitung in Berührung. Alle vier fielen bewußtlos zu Boden. Die Wiederbelebungsversuche hatten bisher nur bei zwei Arbeitern Erfolg. Die beiden anderen sind zur Zeit noch bewußtlos.

Auf der Reise nach Leningrad ertrunken

Der Arzt der Irrenanstalt Niedernhart bei Linz, Dr. Schmiedberger, ist auf einer Dampferfahrt von Stettin nach Leningrad über Bord gestürzt und ertrunken.

Auf Schmugglerfahrt erschossen

Bei Hindenburg an der deutsch-polnischen Grenze wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Schmuggler von einem polnischen Beamten erschossen, als er zwei Säcke Kofinen über die Grenze bringen wollte.



„Eulenspiegel“, soeben neu erschienen. Ueberall erhältlich.

Breslau

Gegen die Terrorjustiz

Am Montag abend lief der kommunistische Jugendverband in Breslau zu einer Demonstration gegen die Leipziger Klassenjustiz auf. Die einzelnen Stadtteile marschierten geschlossen auf dem Neumarkt an. Nach der Eröffnung der Kundgebung durch einen Jugendgenossen sprach der Genosse Bräde, der Augenzeuge und Opfer der Polizeibrutalität in Leipzig war. Seine Ausführungen wurden zu wiederholten Malen durch förmliche Zustimmungsrufe unterbrochen. Als nächster Redner sprach Genosse Preiß, der auf die politische Bedeutung des Prozesses eingieng und die Klassenjustiz als solche kennzeichnete. Anschließend an die Kundgebung formierte sich ein imposanter Demonstrationzug, der durch die Taschen, Garten-, Hühnerstraße zog und auf dem Berliner Platz aufgelöst wurde. Die Schutzpolizei war sehr stark vertreten, wobei insbesondere harte Abteilungen vorrückten. Dank der Selbstdisziplin der Demonstranten hatten sie jedoch keine Gelegenheit, einzugreifen. — Schmeidet und verbreitert die rote Front, die einen Damm gegen die fortschreitende Faschisierung aufrechten muß — und wird!

Was sagen die Beamten zu dem Gehaltsraub?

B. R. Eine Empörung hat die Beamten über diesen frechen Gehaltsraub ergriffen, der sie erkennen läßt, daß der Staat, dessen treueste Stützen sie sein sollen, sie hinabstößt in die elende wirtschaftliche Lage des Industrieproletariats. Ein großer Teil unter ihnen erkennt plötzlich, daß sie ja nur ein abgeplitteter Teil dieses Proletariats sind, ein bewußt abgeplitteter Teil. Die unteren und mittleren Beamten wissen jetzt, warum die Gewerkschaftsabkötter sie gefesselt haben durch Einführung von Steuererhöhungen usw. Sie wissen jetzt, warum die Kommunisten dagegen gesprochen haben, warum die Kommunisten die Gewerkschaften schlagkräftig und kampffähig erhalten wollten. Jetzt wird ihnen die Hege gegen die Kommunisten klar, und ein Teil unter ihnen weiß auch, welchen Weg er in Zukunft zu gehen hat, wenn auch noch nicht offen, so doch mit dem festen Willen, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei zu unterstützen und damit dem Proletariat in den Betrieben seinen Kampf gegen Unternehmern und Magistrat zu erleichtern. Aufgabe der RSD. ist es nun, diese Beamten in eine Einheitsfront mit dem kämpfenden Industrie- und Gewerkschaftsproletariat zu bringen und sie von den Sozial- und Nationalfaschisten loszureißen.

Wenn man sieht, in welcher Weise der Gehaltsraub vorgenommen wird, so spottet das jeder Beschreibung. Ein Beispiel: Die Straßenbahn hat acht Straßenbahnhöfe. Die Arbeit, welche in diesen Bahnhöfen bzw. Werkstätten zu verrichten ist, ist überall die gleiche; ein Unterschied besteht höchstens darin, daß auf einem oder dem anderen Bahnhofe mehr Wagen stationiert sind. Mithin haben auch die Werkmeister dieser Bahnhöfe die gleiche Arbeit. Was macht man aber bei dem Gehaltsraub? Einzelnen dieser Meister zieht man etwa 25 Mark monatlich vom Gehalt ab, den anderen, weil sie erst nach dem 1. Oktober 1927 Werkmeister wurden, 66 Mark. Typisch hierbei ist noch, daß gerade diejenigen weniger bekommen, deren Bahnhöfe kleiner sind bzw. bei ihnen weniger Wagen stationiert sind. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß hier Günstlingswirtschaft betrieben wird.

Dieser Gewaltakt des Gehaltsabbaues, mitdurchgeführt von Sozialdemokraten, zeigt den Beamten, daß es nichts ist mit diesem „unserem“ Staat! Die Beamten sehen, daß sie sich wehren müssen. Die Beamten raten, die Ordentlichen Gerichte anzurufen. Hier muß den Beamten klar und deutlich gesagt werden, daß diese Klagen gerichte wohl Verständnis für die „Kostlage“ der Bourgeoisie haben, aber kein Verständnis für die proletarischen Beamten.

Wollen die Beamten nicht, daß ihre Wirtschaftslage sich immer mehr verschlechtert, so müssen sie alle zu derselben Erkenntnis kommen wie ein Teil von ihnen; nämlich: Einheitsfront mit dem Industrie- und Gewerkschaftsproletariat unter Führung der RSD. und der kommunistischen Partei!

Die „Kompa“ stellt auch uns einen längeren Artikel zu dem Abbau der Beamtengehälter zu. Dieser Artikel wurde in der übrigen Presse kommentarlos veröffentlicht. Seine Linie ist: Protest, im übrigen aber höchstens Andeutung der Gerichte. Wir haben bereits mehrere Male zum Ausdruck gebracht, daß wir diesen Weg nicht für erfolgversprechend betrachten.

Biersteuersozialisten und Nepomukanbeter im Streblener Stadtparlament

Kommunisten gegen jede Mehrbelastung der breiten Masse

A. R. Wenige Tage sind seit dem Wahlkampf verfloßen. Noch klingen der Arbeitererschaft die Worte jener sozialfaschistischen Wahlredner in den Ohren, welche sich gegen die Brüning-Diktatur und deren schändliche Notverordnungen aussprachen. Erkantten die sozialistischen Wähler bald nach dem Wahlkampf 1928, daß die ausgegebenen Wahlparolen ihrer Partei nichts als Stimmfang waren, so können wir auch nach dem jetzigen Wahlkampf bereits feststellen, mit welcher skrupellosen Verhalten sozialdemokratische Führer die Interessen der Wähler verraten und für Vinsengerichte verkaufen. Nach der Wahl 1928: Sozialer Abbau auf allen Gebieten, Panzerkreuzer statt Kinderpeisung, Konfiskate, Schieds- und Schlichtungsschwindel, Raubüberfälle, „Rot-Front“-Verbot, oder Aufhebung des Stahlhelmsverbot usw. Nach der Wahl 1930: Wirtsdurchführung aller Diktaturpläne der Brüning-Regierung, um die vor der Wahl verlorengegangenen gutbezahlten Ministerposten wieder zu retten.

So mußte in der letzten Stadtverordnetenwahl die Arbeiterstadt Strehlen erleben, wie mit Hilfe der Sozialisten die Einführung der Biersteuer beschlossen wurde. Genosse Andreazza lehnte diese Steuer in aller Schärfe ab und gab Fingerzeige, wo Mittel für die Ausbalancierung des Staats flüchtig zu machen seien. Er empfahl die Besteuerung von Wein und Selt und die Kürzung aller Gehälter über 8000 Mark. Letztere Forderung schien dem anwesenden Bürgermeister besonders in den Ohren zu klingen, wahrscheinlich in der Befürchtung, daß dann seine beliebten Reisen etwas eingeschränkt werden müßten. — Die Rechte wollte erst die Regiererei eingeleitet wissen, und beantragte durch ihren Sprecher, den Stadtverordneten Pusch, Vertagung der Biersteuervorlage. Es mag auf dieser Seite die Hoffnung bestehen, daß die Brüning-Regierung inzwischen noch eine Gefährte an der Kopfsteuer beschließt, um den hungrigen Proleten völlig zum Steuer-

Millionenerbschaft an Proletarier

Tatsachen — Die Rolle der „B. N. N.“ — Sonderbare Transaktionen der Behörden — Vor der Klärung der Angelegenheit

L. In der vergangenen Woche lief der Maser Mag Lober die Öffentlichkeit durch Plakate auf, ihm einen Zeitungsausschnitt aus den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ gegen eine Belohnung von 1000 Mark zu besorgen. Die Zeitungsnote enthält einen Erbauauf eines Berliner Rechtsanwaltes, der die Erben des in Amerika verstorbenen Tischlermeisters Hermann Lober sucht. Dieser im Jahre 1912 nach den Vereinigten Staaten ausgewanderte Herrmann Lober ist der Vater des Verfassers des Aufrufs. Außer diesem Mag Lober von der Schwendefeldstraße sind sechs weitere Geschwister erbberichtig.

Es erschien uns notwendig, über diesen Fall Ermittlungen anzustellen, um so mehr, da es uns verwunderte, wie es Lober nicht die in den „B. N. N.“ gesammelten Hände der Zeitungen durchsuchte, um den gesuchten Erbauauf zu finden. Nach unseren Ermittlungen stellte sich heraus, daß hier wieder einmal gewisse Kreise am Werke sind, um diesen Erben, die durchweg einfache Proletarier sind, das Recht auf die Wahrnehmung ihrer Erbschaft freitig zu machen.

Um diese Tatsache von der richtigen Seite beleuchten zu können, muß man bis dahin zurückgreifen, als das erstmal von dieser Erbschaft, die einen Betrag von weit über zwei Millionen zur Grundlage hat, die Rede war. Im Jahre 1924 erschien in Bernau, dem Heimatort des alten Lober, ein Gemeindepolizist bei dortigen Verwandten des Breslauer Lober und fragte im Auftrage des Stadtschreibers Kieple, ob sie „viel Geld aus Amerika erben wollten“. Da sich die erst in die Familie eingewanderte Frau natürlich nicht sofort in den Sachverhalt einfinden konnte, ergab sich erst wesentlich später, daß das Altentfild, das die Anfrage enthielt, schon längst zurückgegeben war. Als die Breslauer Lobers Kenntnis erhielten, setzten sie sich sofort mit den Bernstädter Behörden in Verbindung.

Hier mußte man feststellen, daß diese Angelegenheit mit der größten Fahrlässigkeit behandelt worden war. Keine Eintragung, nichts war gemacht worden.

Im Anfange dieses Jahres erfuhr man in Breslau von Bekannten, daß im Vorjahre im „Generalanzeiger“ ein Aufruf gestanden habe,

der die Loberschen Erben suchte. Der Chefredakteur der „B. N. N.“ verfuhr diesen Proletarier gegenüber in einer geradezu eigenartigen Art und Weise, die ihnen zur Verfügung gestellten Fajikel befanden sich in einem Zustande, der jedes Suchen unmöglich machte. Die Zeitungen waren zerhackt usw., es fehlten Teile usw. Trotzdem nahm man die Nachforschungen auf, allerdings ohne jeden Erfolg. Die Behörden, an die man sich wandte, verweigerten jede Hilfe. Es ist ein Skandal, wenn man hört, wie sämtliche amtlichen und nichtamtlichen Stellen gegenüber diesen Proleten ihre gegnerische Stellungnahme an den Tag legten. Man kann den Verdacht nicht von der Hand weisen, daß besonders in Bernstadt betrübliche Kreise strengstens daran interessiert waren und sind, um über diese mysteriöse Affäre keine Klarheit werden zu lassen. Bei einem Besuch der Erben im Monat September d. J. bei dem Bernstädter Bürgermeister und bei der dortigen Amtsdauer ließen sich die Beamten verleugnen, und zwar mit der Ausrede, sie seien „plötzlich abgereist“. Dieses Gebaren fordert härteste Kritik heraus, denn wenn diese Erbschaft nicht an Arbeiter, sondern an Angehörige einer anderen Gesellschaftsklasse gefallen wäre, so hätte man sich diesen gegenüber bestimmt entgegenkommender gezeigt.

Daß die Erbschaft tatsächlich existiert, scheint allein durch die eidesstattliche Erklärung des Stadtschreibers Kieple bewiesen, der sich sehr wohl der Anfrage nach den Loberschen Erben entziehen kann. Auch daß die Anfrage nach den Erben in den „B. N. N.“ zu lesen war, dürften etwa 30 eidesstattliche Erklärungen verschiedener Personen beweisen. Die Frage ist nur die, wer die Person ist, die das gesamte Klärungsmaterial dieses Falles in der Hand hat, und wer aus irgendwelchen Gründen über den Fall keine Klarheit werden lassen will. Wären es nicht Arbeiter, die hier benachteiligt und betrogen werden sollen, so könnte schon längst das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen sein.

Seit ganz kurzer Zeit nun ist man beinahe so weit, um die mysteriöse Erbschaftsaffäre klären zu können. Das Material ist so gut wie in der Hand, und es wird den maßgeblichen Kreisen kaum etwas anderes übrig bleiben, als den rechtmäßigen Erben ihre Anteile auszusahlen. Wir werden über diesen Fall und seine mehr als merkwürdigen Begleitumstände nochmals gesondert berichten.

Bimpeler Neubaumieter stoßen vor

Für Freitag, den 3. Oktober, 20 Uhr hat der Siedlungsverein Bimpel eine Versammlung nach dem Terrassenrestaurant an der Jahrhunderthalle einberufen. Der Siedlungsverein gibt in einem gestrigen zur Verbreitung gelangten Flugblatt folgende Punkte heraus: 1. Wartet mit der Mietenzahlung für Oktober bis zum Beschluß der Versammlung. 2. Kommt alle, Männer und Frauen, in die Versammlung. Auch die Neummieter und nicht freitrenden Siedlungsabnehmer sind zur Versammlung eingeladen.

Büdo flüssig

Überzieht das feinfarbige Leder mit einer Schutzschicht

Rotes Kabarett

Am Sonnabend, dem 4. Oktober, geht alles zum Roten Kabarett des kommunistischen Jugendverbandes Breslau-Eid bei Sauer, Gräbener Straße 232. Truppe „Komjomal“ spielt neu im Programm u. a. „Die Bänkefänger“, „Politischer Kassenjammer“, „Pat und Patashon“, „Die Heilarmee“ und anderes mehr. Anfang um 20 Uhr. Jugendliche 15 Pf. Erwachsene 30 Pf.

Schulungskursus des SPD-Stadtteils Ost. Jeden Donnerstag findet bei Joubilid, Königgräber Straße 10, der Schulungskursus aller Mitglieder der Partei und Nebenorganisationen sowie Sympathisierenden statt. Regelmäßiges Erscheinen ist dringende Notwendigkeit. Referent für Donnerstag, den 2. Oktober, ist Genosse Gansdorf. Er spricht über die Bedeutung der kommunistischen Presse.

Staat Gleichstrom — Drehstrom. Der Magistrat gibt bekannt: Infolge der ständigen Zunahme des Strombedarfs Breslaus während der letzten Jahre ist das Gleichstromlabelnetz des städtischen Elektrizitätswerks in verschiedenen Bezirken der Stadt bereits bis zur höchstzulässigen Grenze belastet, so daß eine störungsfreie Stromlieferung bei ausreichender Spannung nicht mehr möglich ist. Dem Beispiel anderer Großstädte, wie Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz und Frankfurt a. M., folgend, haben daher die städtischen

Elektrizitätswerke vor etwa zwei Jahren damit begonnen, eine allmähliche Umstellung der Stromversorgung von Gleichstrom auf Drehstrom vorzunehmen. Während in der ersten Zeit diese Umstellung nur auf einzelne Grundstücke beschränkt blieb, hat es sich jetzt als notwendig erwiesen, ganze Bezirke, deren Versorgung besonders schwierig ist, auf Drehstrom umzustellen, damit in Zukunft bessere Spannungsverhältnisse und eine störungsfreie Stromlieferung gewährleistet sind. Aus diesen betriebswirtschaftlichen Gründen ist daher geplant, noch in diesem Jahre einen Teil des vom Umformwerk Michaelisstraße mit Gleichstrom versorgten Bezirkes auf Drehstrom umzustellen. Die Kosten für die Umverlegung der Kabel, Uebertragung der Hausanschlüsse sowie Auswechslung der Zähler werden in vollem Umfang von den städtischen Elektrizitätswerken getragen. Auch von den Kosten, die durch die Uebertragung der Stromart in den Anlagen der Abnehmer und bei den Steigeleitungen für den Grundstücksbesitzer entstehen, werden von den städtischen Elektrizitätswerken 70 Prozent anteilig übernommen, während die restlichen 30 Prozent der Abnehmer zu tragen hat. Ausgenommen hiervon sind Radionehmschlußgeräte.

Auch eine „Berichtigung“. Als Antwort auf die von uns veröffentlichte Zuschrift des JB. teilt uns der „Allgemeine Verband“ mit: „Genosse Prinz ist organisatorischer Vertreter unseres Verbandes und arbeitet ehrenamtlich. Genosse Prinz hat keinerlei Berichtigung, Gelder zu empfangen. Genossen Prinz steht im Auftrage der Verbandsleitung sämtliches geistliches Material zur Verfügung.“ Wir haben keine Veranlassung, die Veröffentlichung der Mitteilung abzulehnen, obwohl sie in keinerlei inhaltlichem Zusammenhang mit der Zuschrift des JB. steht.

Omnibus von Trebnitzer Platz. Wegen völliger Sperrung der Trautenberg Straße verkehrt die Omnibuslinie Trebnitzer Platz — Ostenthal vom 30. September 1930 ab bis auf weiteres (zirka 14 Tage) nur zwischen Trebnitzer Platz und Breslau-Rosenthal (Mühlstraße).

„Na“-Truppe. Donnerstag Probe im bekannten Lokal.

Briefkasten

An mehrere. Verschiedene Versammlungsankündigungen konnten nicht rechtzeitig erscheinen, weil wir gestern ohne lokalen Teil erschienen müßten. Bereits diesen Sonnabend läuft voraussichtlich unsere neue Rotation, womit wir wieder voll aktuell werden. Dasselbe gilt auch für verschiedene Ankündigungen von Veranstaltungen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien): Ernst Bollweber, Breslau; für Oberschlesien: Fritz Sandrock, Glinburg. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Musikler Piefke ist das Raridiel der Kompanie, der Nagel zum Sarge seines Unteroffiziers. Wenn bei der Besichtigung einer auffällt, dann ist es sicher niemand anders als Piefke. Aber bei der letzten Inspektion hat er die Ehre der Kompanie gerettet. Der Kommandierende blieb beim Abmarschieren der Front vor Piefke stehen: „Trete vor, mein Sohn“, sprach er zu ihm. „Das laß ich mir gefallen, du hast die bestgeputzten Stiefel des ganzen Regiments.“ Piefke wurde rot bis hinter die Ohren ob dieses Lobes. Nach der Urfrage fragte, sagte er treuerherzig: „Da kann ich nichts dafür, ich nehme halt Büdo-Luzus, und diese Creme pußt so wunderbar.“ Am anderen Tage stand im Regimentsbefehl: Die Schuhe und das Lederzeug dürfen von jetzt ab nur noch mit Büdo-Luzus gepuht werden, das überall erhältlich ist.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Heute und Morgen

Brand in Kasan

Ein Film von der Wolga

Überflüssige Menschen

Auf der Bühne:

Pantschenko - Balalaika - Chor - Gesang

Jugend verboten. Erwerbslose, Rentner, Invaliden bis 5.30 Uhr 25 Pfg. Besucherausweis 50 Pfg. ohne Ausweis 70 Pfg.

Moskau feiert

Ein Tag der Stahbrigaden am Anfang des dritten Jahres großer Siege

Moskau, 1. Oktober. Am Vorabend des Stahbrigadentages in der Sowjetunion versammelten sich die Arbeiter in den Betrieben, um das Fazit des zweiten Jahres des großen Fünfjahresplans zu ziehen. In den Festveranstaltungen wurden Berichte aus den einzelnen Fabriken und Werken über die Erfolge und die Arbeit, welche zu Anfang des dritten Jahres großer Siege verrichtet werden muß, erstattet.

Moskau ist geschmückt und illuminiert, die Stadt feiert den großen Arbeiterfesttag. Die Arbeiter erörtern in den Festveranstaltungen den zurückgelegten Weg und stellen fest, daß die sozialisierte Industrie im zweiten Jahr des Fünfjahresplans ein Rekordtempo des Wachstums erreichte.

Das zweite Jahr des Fünfjahresplans brachte die wichtige und entscheidende Bestätigung der Richtigkeit der Generallinie der bolschewistischen Partei. Während der ersten 10 Monate des zweiten Jahres des Fünfjahresplans erweiterte die sozialistische Großindustrie ihre Produktion um 27 Prozent, aber der Kampf ist nicht beendet. Die Partei und die Arbeiterklasse fordern eine Zunahme von 32 Prozent. Im bevorstehenden Viertelsjahr müssen die rückständigen Betriebe und Industriezweige endgültig den Abstand einholen, um das dritte und vorletzte Jahr des Fünfjahresplans in bolschewistischer Weise beginnen und durchführen zu können.

Die Versammlungen in den Fabriken verliefen unter der Leitung: Der große Fünfjahresplan wird unter dem Banner Lenins mit bolschewistischem Tempo in vier Jahren durchgeführt. Die herrliche Oktoberrevolution fordert die Mobilisierung unserer sämtlichen Kräfte zur Erreichung dieses Zieles.

Schauplatz eines Riefenaufbaues

Ausländische Arbeiter über die Sowjetunion

Moskau, 1. Oktober. Die Delegationen der skandinavischen, isländischen, polnischen und deutschen Arbeiter auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale veröffentlichten eine Erklärung, worin es u. a. heißt:

„Nur wenn man mit eigenen Augen sieht, wie sich die Industrie in der ganzen Sowjetunion entwickelt, wie die industriellen Unternehmungen wachsen, nur dann begreift man die ganze Bedeutung des Fünfjahresplans. Die ganze Sowjetunion ist der Schauplatz eines riesigen Aufbaues. In gleichem Tempo entwickeln sich die Sowjetländer und Kollektivwirtschaften, verbessern sich die Lebenshaltung des Proletariats.“

Wir müssen den Arbeitern der ganzen Welt erklären, daß alle Mittelungen der Kapitalisten und ihrer sozialfaschistischen Lakaien über die Lage in der Sowjetunion freche Lügen sind. Die Entwicklung in der Sowjetunion unter der Diktatur des Proletariats entlarvt die Sozialfaschisten als die wahren Helfershelfer des Kapitalismus und beweist, daß diese Leute keineswegs zum Sozialismus gelangen wollen. Die während des Aufenthaltes in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen verpflichten die Delegierten, die Beschlüsse des V. KGW-Kongresses mit allen Kräften durchzuführen, um die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen, die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu organisieren und zu leiten zum Sturz des Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt.“

Neuer Kurssturz in Newyork

Newyork, 1. Oktober. Die Newyorker Börse hatte am Dienstag wieder erhebliche Kursstürze zu verzeichnen. Eine große Wallstreetfirma brach zusammen. Die meisten Papiere weisen Rückgänge bis zu drei Punkten an. Insgesamt wurden 4 496 780 Aktien umgesetzt.

Eine der größten hiesigen Sparbanken haben den Zinssatz für Depositionsgelder von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

3. Fortsetzung.

„Was soll denn die Regierung nicht alles tun?“ brauchte Trauten auf. „Glaubst du, daß ein ehemaliger monarchistischer Offizier keinen guten Republikaner abgeben kann?“

Franz stieß ein kurzes Lachen aus. „Das haben sie vergangenes Jahr bewiesen! Handgranaten in die Masse, das war ihre republikanische Gesinnung!“

Theres gähnte gelangweilt und unterstützte ihren rot gewordenen Vater, der sich mit beiden Händen wehrte. „Du schwörst ja auf alles, was der Raup jagt! Das hat er dir recht gut vorgegaukelt!“

„Halte mich nicht für dümmer, als ich bin!“ sagte Franz. „Höre die Kumpels, was die reden!“

„Wenn sie täglich verrückt gemacht werden!“ schrie Trauten. „Wer wird das nicht, wenn man ihnen sowas in die Zeitung legt! Was soll die Regierung nicht alles? Die Sozialisierung wird verlangt, Einführung der Sechsstundenschicht...“

„Vorläufig arbeiten wir noch sieben Stunden und zweimal anderthalb in der Woche!“

„Ihr stellt ja alles auf den Kopf mit dem Geheh!“ Trauten fand auf und ging während in die Nebenkammer, deren Tür krachend ins Schloß fiel.

„An knest er!“ lachte Franz.

„Der Klügere gibt nach!“ verteidigte Theres ihren erboßen Vater.

Am Vorabend der Diktaturwahlen in Finnland

Sämtliche Arbeiter-Wahlausschüsse aufgelöst

Helsingfors, 1. Oktober. Am Vorabend der Riksdagswahlen, die heute und morgen stattfinden, hat die Diktaturregierung Solinhaus noch eine neue Terrorverordnung herausgegeben, die die sofortige Auflösung aller Organisations mit kommunistischen Tendenzen vorseht.

Das Verbot trifft sämtliche örtlichen Arbeiter- und Bauernwahlkomitees, die nach dem Verbot der kommunistischen Partei und dem Arbeiter- und Bauernrat die Teilnahme der revolutionären Arbeiter an den Reichstagswahlen ermöglichen sollten.

Das Verbot betrifft ferner 1200 örtliche Gewerkschaftsvereinigungen, die Organisation der Hilfe für proletarische Gefangene, kommunistische Genossenschaften, Sports- und Kulturvereine sowie Jugend- und Kinderorganisationen.

Die finnische Arbeiterpartei, die vor allem in der Verteidigung der Sowjetunion auf vorgeschobenem Posten steht, gibt in den letzten Wochen unter der Führung der Kommunisten das Heldenspiel eines unerhörten, jähren, illegalen Massenkampfes gegen eine faschistische Bewegung von unerhörter Brutalität. Die revolutionären Organisationen sind aufgelöst, die Arbeiterpresse verboten, ihre Druckereien und Volkshäuser zerstört, ihre Führer ermordet oder verschleppt. Gegen etwa 600 Funktionäre steht der Hochverratsprozess bevor. Nunmehr sind sämtliche Arbeiterorganisationen und sämtliche Wahlausschüsse verboten worden. Doch kein Terror, keine Drohung der Lappo-Faschisten hat die revolutionären Arbeiter davon abgehalten, den Wahlkampf zur Aufrüttelung der Massen für den revolutionären Befreiungskampf auszunutzen.

Finnlands Provokationen

gegen die Sowjetunion

Moskau, 1. Oktober. Die finnischen Behörden lassen die Fortsetzung der Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion ohne Eingreifen zu. In einer Versammlung des Schutzkorps (Faschisten) in Auhimael erklärte der Führer der finnischen Faschisten, Kosola: „Gegenwärtig ist die Lage schlimmer als zu Sobriolms Zeiten. Der Feind (!) bemüht sich, Finnland und das finnländische Volk zu vernichten, aber er fürchtet die hochentwickelte Wehrfähigkeit Finnlands und zieht die Unterminierungssarbeit im Innern des Landes dem bewaffneten Ueberfall vor. Mehr als jeder zehnte Reichstagsabgeordnete im aufgelassenen Parlament war ein Agent Moskaus. Ein Zehntel des finnischen Volkes gehört offensichtlich der Partei an, welche den Sturz der bestehenden Ordnung und die Auslieferung der Heimat an die Moskauler Gewalt herbeiführt.“

★

Die „Pravda“ erörtert in ihrem Leitartikel, betitelt „Einnosige Provokationen“, die Beziehungen der Sowjetunion zum Nachbarnstaat Finnland.

Die Antisowjettkampagne in Finnland wird durch grausame Repressalien gegen die aktivsten Mitglieder der finnischen Arbeiterbewegung begleitet. Mit Unterstützung der finnischen Behörden haben die Faschisten in Finnland während der letzten Monate zahlreiche der radikalsten Arbeiterführer festgenommen und auf das Sowjetgebiet hinübergeschoben.

Die Sowjetregierung richtete bereits im Juli einen energischen Protest an die finnische Regierung und zählte in ihrer Note zahlreiche Fälle der Verletzung der Sowjetgrenze auf. Die Antimotivnote der finnischen Regierung kann als ein Muster der größten Wahrheitsentstellung gelten. Sie übergeht vollständig alle in der Sowjetnote aufgeführten Fälle sowie die dokumentarisch bewiesene Beteiligung finnländischer Amtspersonen an den Grenzverletzungen. Bereits nach Ueberreichung

Bergarbeiterbewegung in Süd-Wales

London, 1. Oktober. Gestern fanden Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und den Führern des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales über den Lohnstarif statt. Die Zeichenbesitzer verlangten eine Lohnkürzung. Die Bergarbeiterverbandsführer erhoben nach ihrem Bericht eine Forderung nach Lohnhöhung. Konkrete Angaben machen sie jedoch nicht. Die Verhandlungen stellen lediglich ein Manöver dar, das die Gewerkschaftsbildern mit Rücksicht auf die Kampfstimmung unter den Bergarbeitern durchzuführen.

Die Lage in den Kohlengruben von Süd-Wales hat sich außerordentlich zugespitzt. Die „Rinken“ haben in dem Gebiet von Rhondda eine Kampagne für hundertprozentige gewerkschaftliche Organisierung unter den Bergarbeitern begonnen, um die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf gegen die Vorkasse der Unternehmer auf Lohnabbau abzuhalten. Sie gingen sogar so weit, die Arbeiter aufzurufen, gegen die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich nicht organisierten Bergarbeitern in den Streik zu treten. Die Funktionäre haben jedoch die Streiterklärung rückgängig gemacht.

Die Widerheitsbewegung (RGO.) fordert die Durchführung von Streiks für die folgenden konkreten Forderungen der Bergarbeiter: 1. Bessere Zahlung des Mindestlohnes. 2. Wiedergewährung aller seit 1926 von den Unternehmern gekürzter Sonderleistungen. 3. Entlassung aller den Arbeitern gegenüber groben Beamten. 4. Bessere Sicherheitsmaßnahmen.

der Sowjetnote fanden neue Grenzverletzungen seitens der finnischen Faschisten statt, wobei die Faschisten ihre Opfer mit Erschießung bedrohten, wenn sie nicht „freiwillig“ auf das Sowjetterritorium hinübergewandten wollten. Die finnische Note enthält einen unmittelbaren Ausfall gegen die Sowjetregierung und ist im Geiste jener Antisowjettkampagne gehalten, die die Faschisten entfacht haben.

Die Note erlaubt sich, die gewalttätig über die Sowjetgrenze Getriebenen als Verbrecher hinzustellen, welches Charakteristikum vollkommen auf die gewalttätigen Faschisten und ihre Beschützer paßt. Die finnische Note solidarisiert sich offensichtlich mit den faschistischen Banditen und Gewaltmenschen.

Die Regierung Finnlands verhält sich absichtlich ihren faschistischen Charakter. Der weitere Verlauf der Dinge hängt von der finnischen Regierung ab. Sie besitzt Zeit und Möglichkeit, die sinnlosen provokatorischen Ausfälle gegen das große sozialistische Land einzustellen, dem das heutige Finnland seine Unabhängigkeit verdankt und für welches die finnischen werktätigen Massen die wärmsten Sympathien empfinden.

Die ganze Verantwortung für die folgenschweren provokatorischen Ausfälle fällt auf die finnische Regierung.

Auch Kuba im Wirbel der südamerikanischen Krise

Havanna, 1. Oktober. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Verwaltung Kubas durch den Präsidenten Machado hat am Dienstag zu Unruhen vor dem Präsidentenpalast in Havanna geführt, bei denen sechs Personen schwer verletzt wurden. Kubanische Studenten marschierten in großer Zahl vor das Präsidentenschäftsgebäude und feuerten unter den Rufen: „Nieder mit Präsidenten Machado!“ Revolvergeschüsse in die Luft ab. Die Polizei umgab den Präsidentenpalast mit einem Sicherheitskordon. Bei dem Versuch der Studenten, die Polizei zu entwaffnen, entspann sich ein etwa sechsstündiges Feuergefecht.

„Aber nicht mit Türknallen, daß der Kall von den Wänden fällt!“

Beide schwiegen. Franz griff wieder nach der Zeitung, über deren Inhalt sich der alte Trauten so erregt hatte.

„Laß es, jetzt wird nicht gelesen!“ Theres entriß ihm das Blatt.

„Es gibt dicke Luft“, sagte Franz, „die verträgt dein Vater nicht gut! Oben in Berlin stinkt's mächtig!“

Sie machte eine abwehrende Handbewegung: „Kümmere dich um deine Sachen!“

Die gereizte Stimmung hielt an. Wort zu Wort, bis Franz aufstand und nach seinem Mantel griff. „Es wird besser, ich geh' heut!“

„Geh' zu Raup, mit dem kannst du ja nicht genug schwätzen!“

„Griß Raup hat's begriffen, der faßt das Ding bei den Hörnern!“

Er hand sich den Bollsack um und nahm seine Mütze. Theres erhob sich mit einem Satz aus der Sofaede und riß ihm die Mütze fort. „Wo willst du hin? Bleib' hier!“

Er stand unschlüssig in der Mitte des Küchenraumes. Sie kniff ein wenig die Augen und beobachtete ihn unter den Augenlidern. Ihr Gesicht war nicht schön. Gesund und frisch, umrahmt es ein wilder Busch schwarzen Haars. Theres wippte in den Hüften und spielte mit der Mütze.

„Geh' doch“, spöttelte sie.

„Gib die Mütze her!“

Sie lachte und hüpfte sich selbst die Mütze auf: „Wie sehe ich aus?“

„Böhlgelächlich guckte sie in den Wandspiegel. „Ich wünschte, ich wär 'n Junge!“

„Stehste, so mußt du die Mütze tragen, das sieht forsch aus!“

Sie machte lehrte und blitzte ihn herausfordernd an. Sie trat ganz dicht an ihn heran. „Bäh...!“ freckte sie lachend die Zunge vor. „Mensch, wie ein Schaf sehtest du! Du bist mir ein Bräutigam! Wie ein Stod bist!“

Sie zog ihn mit Gewalt zum Stuhl: „Zieh dich aus, gib den Mantel her! Da schliffst noch aus!“

Er wehrte sich nicht. Sie schütt ihm ein Gesicht. „Wart doch ein dummes Kerl! Wie ein Faulloch, so ungeschickt! Das will ein Mann sein!“ Er wollte widersprechen.

„Still läse!“ Sie hielt ihm den Mund zu. „Du wirst nicht mehr geschwätzt!“

Theres war wie verändert. „Stängst du, du dumme! Ein“

mal im Monat komm ich, dann tuft du noch so, als wäre ich ein Strohwisch, den man nicht zu beachten braucht!“

„Red' nicht so!“

„So ist es, Franz, das kommt, weil du diesen Raup...“

„Raup ist mein Kumpel und Genosse...“

„Still, ich will nichts davon hören! Hör', draußen, der Hund!“

„Wenn so'n Vieh heult, dann fürcht jemand!“ plapperte Theres.

„Höchstens der Köter, wenn man ihn Tag und Nacht an der Kette hält und ihm nichts zu fressen gibt!“

Sie lachten beide.

III.

Der Füllort am Schacht widerhallte vom Lärm der aus den Revieren heranströmenden Kumpels.

Koch prallten die letzten Kohlenwagen auf die Körbe, die unter der schweren Last freilieten und wippten. Lokomotiven bimmelten, fuhren ab und schleppten eine lange Reihe leerer Wagen hinterher. Schreie, Signale, das Krachen der eisernen Schachtgitter. Die Hängefelle klatschten gegen die Schachthölzer, spritzten flinkenden Dred in den Füllort. Mit Gepolter saukten Kohlenstücke im Schacht herab. Der Anschläger trieb, um zu Ende zu kommen. Immer wieder packten ein halbes Duzend schmutziger Fäuste an volle Wagen, schoben, sobald der Förderkorb mit den leeren unten ankam und hielt, stießen mit mächtigem Rud vor, prallten die Leeren vom Korb und die Rollen hinauf. Die Kumpels lärmten, schufteten, schimpften und wichen gelächelt den heranbrausenden Kohlenzügen aus.

„Schluß!“ — Die Anschläger stießen die letzten Leeren vom Korb und hängten die Schuppforten ein.

„Schöpp! Schöpp!“ hieß ein Junge einem Steiger nach, der sich durch die Menge hindurchschob. „Schöpp! Schöpp!“ brüllte eine ganze Schar. „Kohlenstraß, verdammt, kann die Raibanne nicht voll kriegen!“ Gelächter.

„Bitter, du verliert den Arsch aus der Buzze, wieviel Dabbelle haste denn schon wieder?“

Der Gepolte brach sich und verschwand brummend in der Masse.

„Wenn Henne hat n' Haut, de Henne hat n' Haut,“ sang ein Chor aus einem Bahnläufer nach.

„Red' mich im Arsch!“

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

700 Gleiwiker Pflichtarbeiter im Streit

Gleiwitz. Seit Donnerstag voriger Woche streiken über 700 Pflichtarbeiter und ihre Streikfront ist unerschütterlich. In der stattgefundenen Streikversammlung wurde eine Streikleitung gewählt. Die Forderungen der Streikenden sind: Befestigung jeder Pflichtenarbeit, Ausübung der kommunalen Arbeiten durch Kommunal- und städtische Zettlarbeiter, als solche sind ausschließlich angestellter und vom Wohlfahrtsamt unterstützter Erwerbslose einzustellen. Bezahlung der Arbeiter nach dem Lohnstarif der Staats- und Gemeindearbeiter. Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und Durchführung dieser Arbeiten in städtischer Regie, zwecks Ausschaltung der Unternehmerprofite. Zur Abänderung der Not fordern die Streikenden die Lieferung von Naturalien, wie Kohlen, Kartoffeln, Bekleidung und Übernahme der Miete durch die Stadt. Die Auszahlung einer Wirtschaftshilfe für alle Erwerbslosen.

Die Pflichtarbeiter von Gleiwitz sind nicht mehr gewillt, sich länger als Lohnbrüder mißbrauchen zu lassen. Die Drohung des Magistrats auf Einstellung der Unterstützungen wird und muß an der Geschlossenheit der Streikfront zerschellen. Jeder Versuch auf Streikbruch wird durch die Streikenden verhindert werden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben sich die

Streikenden an alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter um Unterstützung ihres Kampfes gewendet. In den nächsten Tagen wird ein Hungermarsch aller Opfer der kapitalistischen Wirtschaft vom ganzen Kreis nach Gleiwitz durchgeführt. Die städtischen Arbeiter solidarisierten sich mit den Streikenden und stehen auf ihrer Seite, da sie erkannt haben, daß der Magistrat durch die Zwangsarbeit der Pflichtarbeiter immer weitere Entlassungen aus den Kommunalbetrieben vornimmt und an ihre Stelle Pflichtarbeiter einstellt. In dem Aufruf der Streikenden heißt es u. a.:

„Die Streikenden von Gleiwitz werden alle Mittel des Kampfes zur Erreichung ihrer Forderungen anwenden; sie rufen alle Werktätigen zur Unterstützung ihres berechtigten Kampfes auf und fordern, daß in allen Städten und Gemeinden der Kampf gegen die Pflichtarbeit organisiert und durchgeführt wird.“

Wir schließen uns dem Aufruf der Streikleitung an und erwarten von der Arbeiterschaft, daß sie ihren Kampf um Arbeit und Brot, gegen Lohnraub, für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung organisiert und führt, weil das die beste Unterstützung des Kampfes der Gleiwiger Pflichtarbeiter ist.

Arbeiterentlassungen auf der Redenhütte

Sindenburg. Die Hüttenwerke und Chemische Fabriken AG. Berlin haben auf ihrem Werk Redenhütte, dessen Gesamtbeschäftigung etwa 400 Mann beträgt, 80 Arbeiter entlassen. Die Maßnahme der Verwaltung wird mit dem Niedergang an Aufträgen für die Abteilung Eisenbau motiviert.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Tag zu Tag. Die Opfer derselben sind die Arbeiter und Angestellten, die massenhaft auf das Straßenpflaster fliegen und dem Erwerbslosentum preisgegeben werden. Will die Arbeiterklasse nicht vollends verelenden, muß sie den revolutionären Massenkampf gegen die kapitalistische Wirtschafts-

anarchie für die sozialistische Bedarfswirtschaft führen, das heißt, daß die Arbeiterklasse unter Führung der KPD. den Kampf mit dem Ziel auf Sturz der kapitalistischen Herrschaftsform, für die Diktatur des Proletariats führt. Schafft in den Betrieben die Einheitsfrontorgane zur Führung des revolutionären Massenkampfes wie: die revolutionären Vertrauensmännerkörper, rote Betriebsräte, Kampfausschüsse zur Führung der Kämpfe um Arbeit und Brot und rote Betriebswehren gegen den Faschismus. Ohne diese kein erfolgreicher Kampf gegen unsere Ausbeuter und ihre Lakaien!

Stadtverordnetensitzung in Neustadt

bewilligt Projamen für die Ausgesteuerten, keine Mittel für alle Sozialhilfebedürftigen

Die letzte Stadtverordnetenversammlung fand vollkommen im Zeichen der Faschisierung dieses Parlaments, was der Arbeiterschaft zu denken geben muß. Durch die Aktivität der Erwerbslosen veranlaßt und eine Rebellion befürchtend, sah sich das Hungerparlament gezwungen, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, die Neupflasterung der Meißner Straße so bald wie möglich in Angriff zu nehmen. Dieses Projekt wurde immer zurückgestellt, weil angeblich kein Geld vorhanden ist, trotzdem diese und noch mehrere Straßen sich in einem kaumwichtigen Zustand befinden. Jetzt sind auf einmal die nötigen Mittel flüchtig und die Pflasterung sowie die Ausbesserung der Gas- und Wasserleitung dieser Straße soll recht bald beginnen.

Der Armenarzt Dr. Kochmann, ein wegen seiner Grobheit stadtbekannter Mann, behandelt seine Patienten, die Armengeldempfänger, mit den Praktiken eines Tierarztes. Trotzdem die kommunistische Fraktion schon vor längerer Zeit den Antrag auf freie Arztwahl für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger gestellt hat, wurde dies immer wieder verhindert. Es hatte den Anschein, als wenn diesmal dem Antrag stattgegeben würde. Der Magistrat war besorgt, daß der Stadt dadurch mehr Ausgaben entstünden. Der Zentrumsmann Lehrer Stephan befürchtete daselbe und beantragte Zurückstellung des Antrages. Dadurch wurde der kommunistische Antrag niedergestimmt.

Die kommunistische Fraktion hatte bereits zur vorigen Sitzung Anträge gestellt, Winterhilfsmaßnahmen vorzunehmen, um die Erwerbslosen und Ausgesteuerten vor der größten Not zu schützen. Diese Anträge wurden von allen Parteien, einschließlich der SPD., als Agitationsanträge bezeichnet. Der Magistrat hat diese Anträge nach seiner bekannten Praxis reduziert. Bewilligt wurde für sämtliche Wohlfahrtsunterstützungsempfänger folgendes: 1. Weihnachtshilfe: Ledige 5 Mark, Ledige mit eigenem Haushalt 8 Mark, kinderlose Ehepaare 10 Mark, Ehepaare mit Kindern bis 15 Mark. 2. Kohle: Ledige 2 Zentner, Ledige mit eigenem Haushalt 3 Zentner, Verheiratete 5 Zentner. 3. Kartoffeln: Ledige 1 Zentner, Verheiratete 2 Zentner. Verheiratete mit Kindern 3 Zentner. Bedürftige Schulkinder erhalten Schuhe, ebenso Ausgesteuerte bei Arbeitsaufnahme. Ebenso erhalten Ledige ein Paar Schuhsohlen, und Verheiratete zwei Paar.

So sehen die Hilfsmassnahmen der bürgerlichen Gesellschaft aus. Mit solchen Almosen sollen die Ausgesteuerten, die sich in der größten Lebenslage befinden, beruhigt werden, während die große Masse der Erwerbslosen leer ausgeht. Wenn die Bessergestellten zu den Weihnachtstagen schlammern und prassen, können die Ausgesteuerten Sohlen kaufen. Genosse Briz rückte die arbeiterfreundliche Praxis des Parlaments in das richtige Licht. Er erklärte, daß ein Parlament, welches sich über so treffende Hilfsmassnahmen für die Armen nicht einig ist, nicht mehr wert ist, als daß es zum Teufel gejagt wird, und daß nur die rote Kommune sich für die ärmsten Schichten einsetzen wird. Bei diesen Ausführungen ertönte dauernd die Klode des Vorsitzenden und drei Ordnungsrufe wurden erteilt.

Die christliche Gewerkschaft war um teilweise Ueberlassung von 48 000 Mark als Baugeld eingekommen. Genosse Briz erklärte hierzu, daß diese Sache genau überdacht werden müsse. Es sei nicht Sache der Gewerkschaften, sondern die erste Pflicht der Stadt, die Wohnungsnot zu beheben. Dadurch, daß die christliche Gewerkschaft Bauherr sein wird, werden nur künstliche Beschäftigung finden. Ebenso werde es bei Vergabungen der Wohnungen sein. Aus diesen Gründen stimmte die kommunistische Fraktion gegen diesen Antrag.

Artikel-48-Diktatur wädel!

Wollt ihr das dulden?

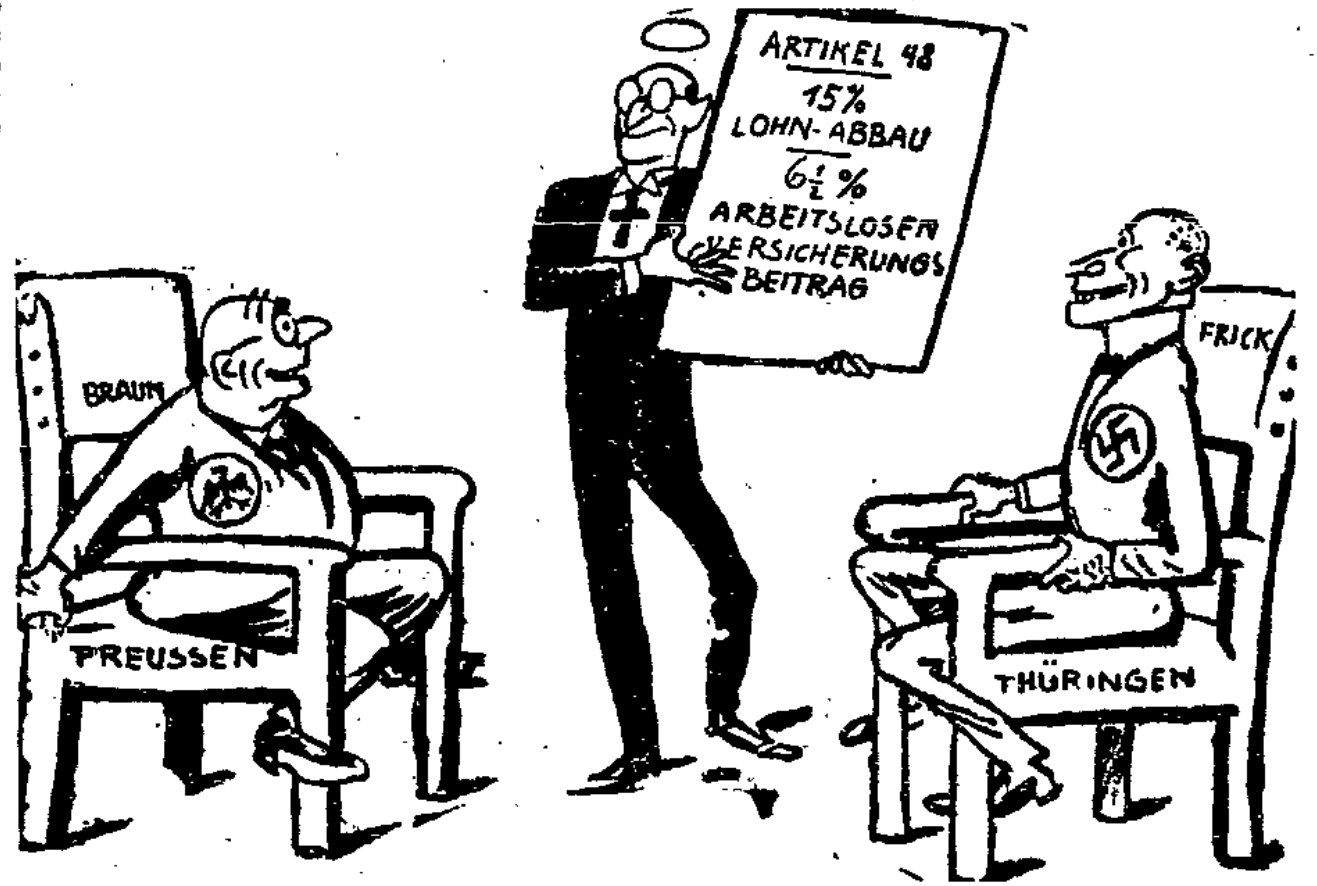
Brüning diktiert Erhöhung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung um 2 Prozent — Beseitigung der Lohnsteuerrückstattung — Erhöhung der Umsatzsteuer — Gehaltskürzung bei mittleren und unteren Beamten!

Wir haben bereits mitgeteilt, daß das Reichskabinett auf Verlangen des Reichsarbeitsministers Stegerwald beschloß, die Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent, also von 4,5 auf 6,5 Prozent heraufzusetzen. Dieser Beschluß wurde vom Kabinett auf Grund der Notverordnungen des Artikels 48 gefaßt.

Das Programm der Regierung Brüning sieht aber nicht nur diese Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, sondern noch andere wichtige Angriffe auf die Werktätigen vor. Das ist die Beseitigung der Lohnsteuerrückstattung und die Erhöhung der Umsatzsteuer. Zur weiteren Ersparrung der Ausgaben soll eine Kürzung der unteren und mittleren Beamte gehäht erfolgen.

Die Politik der Brüning-Regierung zeigt sich immer schlimmer als Katastrophendiktatur: skrupellose Ausbeutung zur Erfüllung des Young-Planes, anmaßliche Mißwirtschaft im Zeichen der wirtschaftlichen und politischen kapitalistischen Krise. Das Volk soll bluten. Das Volk will aber nicht noch mehr bluten!

Antwortet auf das neue Ausplünderungsgeß durch die Schaffung der Millionenfront der Arbeiteroffensive gegen die Hungerregierung Brüning, gegen die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Führer, die gemeinsam mit diesem Brüning völkerverfeindlich regieren wollen! Schafft unter der Führung der KPD. die Front des Kampfes gegen Lohn-, Steuer- und Beitragraub, für höhere Löhne und Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!



Oppelner Erwerbslosenvertreter-Konferenz für straffe Organisation der Erwerbslosen

Protest gegen den Jungarbeiter-Prozess vor dem Reichsgericht in Leipzig

Am Sonntag, dem 28. September, tagte die Erwerbslosenvertreterkonferenz sämtlicher Erwerbslosenvertreter des Stadt- und Landkreises Oppeln. Anwesend waren 73 Delegierte aus annähernd 90 Ortschaften des Landkreises Oppeln. Diese Vertreterkonferenz nahm Stellung zum weiteren Raubanschlag gegen die Erwerbslosen. Unter anderem wurde behandelt die Organisation aller Erwerbslosen und Ausgesteuerten in der Interessengemeinschaft. Von allen Delegierten der Konferenz wurde die Organisation für sehr notwendig erklärt. Zu der Lage und Organisation aller Erwerbslosen sprach ein Mitglied des Bezirksarbeitslosenrates, der Genosse Hartmann aus Sindenburg. Er brachte auch zum Ausdruck, daß der ausgebeutete Erwerbslose, der eine Wohlfahrtsunterstützung bekommt, dafür eine Pflichtarbeit leisten muß. Dagegen müssen alle Ausgesteuerten einen scharfen Kampf führen. In Gleiwitz wird diese Pflichtarbeit durch einen Streit, den die ausgebeuteten Erwerbslosen führen, bekämpft. Die Konferenz begrüßte den Kampf der Gleiwiger Erwerbslosen gegen die Pflichtarbeit, und erklärte sich bereit, diesen durch eine Massenmobilisierung der Erwerbslosen zu unterstützen.

Von der Erwerbslosenkonzferenz wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die hier in Oppeln tagende, von 73 Delegierten besuchte Erwerbslosenvertreterkonferenz nimmt Kenntnis von dem Vorhaben der Klassenjustiz des Reichsgerichts gegen den KPD. Aus Rache gegen den wichtigen Aufmarsch der Jungarbeiteroffensive in Leipzig soll ein Massenurteil gegen die angeklagten Jungarbeiter gefällt werden. Es war Offern in Leipzig, wo der sozialdemokratische Polizeipräsident Lehner durch seine Vollzugsorgane Jungarbeiter werden ließ. Nicht die Arbeitermörder, sondern die sich gegen den Vollzeiterterror wehrenden Jungarbeiter stehen auf der Anklagebank.“

Wir protestieren auf das schärfste gegen eine Verurteilung der Angeklagten und geloben jetzt schon als Antwort auf diesen Prozeß, unter Führung der revolutionären Organisation des Massenkampfes gegen die Klassenjustiz zu unterstützen.

Nieder die Klassenjustiz! Es lebe Sowjetdeutschland! Dem auf Festung Gollnow sitzenden Genossen Jarczyk wurde ein Kampfgruß übermittelt.

Sindenburg

Opfer einer Benzinerexplosion

Im Hause Bahnhofstraße 8 wusch die zwanzigjährige Barne Kublik selbene Kleider mit Benzin, das sie in eine große Schüssel gegossen hatte. Die mit ihrer Mutter vom Markt zurückgelebte Hausangestellte machte am Herd Feuer. Nach etwa zwanzig Minuten erfolgte eine furchtbare Explosion. Kleinge Schicklammen schossen auf, und das junge Mädchen sowie die Gemüße läubende Mutter gleichen Feuerkugeln. In ihrer Verzweiflung rissen sie unter furchtbaren Schmerzensschreien Kleidungsstücke von dem Garberobehalen und hüllten sich damit ein. Mutter und Tochter sind hoffnungslos verletzt, während die Hausangestellte mit leichten Verletzungen davongelommen ist.

Kreuzburg

Hungerlöhne bei der Firma Schwarz

Verteilung. Das Arbeitsamt hat nach hier Dränagearbeiter überstellt. Die Arbeit wird von der Firma Schwarz ausgeführt. Es handelt sich hier ausschließlich um Alfordarbeit. Die Arbeiter verdienen bei zehnstündiger Arbeitszeit und noch mehr 10 bis 11 Mark die Woche. Davon soll nun ein Familienvater mit seiner ganzen Familie eine Woche lang leben. Anträge auf Zulage werden immer von seiten der Firma mit den Worten abgewiesen: „Wem es nicht paßt, der kann ja gehen, wir bekommen Arbeiter genug.“

Kollegen! Wir Kommunisten rufen euch zu: Schart euch zusammen und kämpft unter Leitung der KPD. um eine menschenwürdige Entlohnung. Nur so werdet ihr einen Erfolg für euch buchen können.

Oppeln

Achtung!

Kameraden der Arbeiterwehr!

Am Sonnabend, dem 4. Oktober, 1930 Uhr, Mitgliederversammlung im alten Schützenhaus. Mitgliedsliste muß unbedingt mitgebracht werden.

Arbeiter des Landkreises Schaffau Abwehrorganisation gegen Faschismus und Reaktion

Die Schaffauer Arbeiterklasse gründete am Sonnabend, dem 27. September, eine Arbeiterwehr, um mit ihren Klassengenossen aus Schaffau gemeinsam den Kampf gegen die faschistischen Kapitalisten in ihrer Gegend zu führen.

Arbeiter, die ihr noch im Lager der Reaktion, der Schlotbarone, Fabrikbesitzer, Krautjunker steht, kehrt jenen Leuten den Rücken, laßt sie unter sich! Heraus aus dem Landesbüchsenbund; heraus aus dem Stahlhelm und Kriegervereinen! Macht Schluss mit den Wahrschneidern und Mettern der Reaktion, den Nationalsozialisten! Schafft Abwehrorganisationen! Schafft Arbeiterwehren in jedem Ort! Schafft rote Betriebswehren in jedem Betrieb!

Siebenstundenschicht für den ober-schlesischen Bergbau ab 1. November

Dafür muß der Kampf organisiert werden!

In der Nummer 227 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. September erschien ein Artikel des Genossen Gukas Sobotta, der sich mit der Arbeitszeitfrage für den Ruhrbergbau beschäftigte. In diesem Artikel wird die Frage des Kampfes um die Siebenstundenschicht ab 1. Dezember gestellt. Das ist für die Bergarbeiterklasse im Ruhrgebiet richtig, nicht aber für die ober-schlesischen Bergbauern, weil ja wie bekannt, das Mehrarbeitszeitabkommen für den ober-schlesischen Bergbau zum 31. Oktober d. J. abläuft.

Die ober-schlesische Bergarbeiterklasse muß deshalb den Kampf um die Siebenstundenschicht, Lohnerhöhung, Verlängerung des Urlaubs usw. zum 1. November vorbereiten. Die Delegierten haben in Betriebsversammlungen zu den Forderungen der KPD, die Forderungen der Bergarbeiterklasse sind, Stellung zu nehmen und zur Auslösung des Kampfes vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen. Erst zwei Betriebe — Luisenrube und Brückfabrik Zabrze — haben Kampfausschüsse gewählt. Die Parole heißt: Auf jeder Schichtanlage einen Kampfausschub!

Grünberg

Unglücksfall oder Selbstmord?

Der Grünberger Kaufmann Fritz Heibel wurde am Freitagabend in der neunten Stunde mit einer blutenden Verletzung im Gesicht auf dem Bahngelände der Grünberg-Sprottauer Kleinbahn an einer Böschung in der Nähe seines Schrebergartens am Oberbahnhof Grünberg aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß der Kaufmann in der nächtlichen Dunkelheit von einem Zuge angefahren und durch die Gleiskrämer der Lokomotive die Böschung hinabgeschleudert worden sei. Die Annahme, daß ein Unfall vorliegt, findet jetzt ihre Bestätigung. Bahnbedienstete geleiteten ihn nach seiner Auffindung in seine Wohnung. Die jugendlichen Ärzte bezeichneten den Zustand des Verletzten, der seit dem Kriege schwer asthma- und herzleidend war, als ernst. Um Mitternacht trat der Tod, wahrscheinlich infolge Herzschwäche, ein. Heibel fand im 50. Lebensjahre und hinterläßt Frau und zwei Söhne im Jünglingsalter und eine noch schulpflichtige Tochter. Die wirtschaftliche Lage des Verstorbenen war geregelt. Aller Wahrscheinlichkeit dürfte ein Unfall infolge Herberzerrüttung des Schwerkranken Mannes vorliegen.

Lüben

Neues furchtbares Verkehrsunfall

Auf der Chaussee Lüben-Bolkow wollte in der Nähe des alten Wasserturmes der Gewerbelehrer Gilla aus Grünberg mit seinem Motorrad ein Langholzfuhrwerk überholen, neben dem außer dem Fuhrmann ein Mann schritt. Dieser, der 43jährige, verheiratete, kriegsinvalid Gemütskranke August Senfleben, lief plötzlich über die Fahrbahn und in das Motorrad hinein. Er wurde umgefahren und war auf der Stelle tot.

Liegnitz

SPD. und Mitte beschließen Biersteuer

In der Montagssitzung der Stadtverordneten stand als einziger Punkt die Genehmigung der Biersteuer auf der Tagesordnung. Von dem Gastwirtsverband und den Brauereien lag eine Eingabe vor, die Steuer nicht durchzuführen. Der Referent, ein Vertreter der Wirtschaftspartei, wollte die Vorlage verlagert wissen, weil er „guter Hoffnung“ sei. Er hoffte nämlich, daß die Rotverordnung vom neuen Reichstag abgelehnt werden wird. Der Rechtsblock will die Steuer ja gerne schlucken, wenn die Regiersteuer damit verknüpft wird. Fünfzehn Redner bemühten sich, die Steuer schmackhaft zu machen oder darum herumzureden. Genosse Hoppe lehnte die Vorlage ab, weil die Rotverordnung ungerichtlich ist und weil sie die Konsumenten erneut belastet. Woher das Geld für die Ausbalancierung des Etats zu nehmen ist, zeigte Genosse Hoppe ganz klar auf. Zweimal versuchte Vorsteher Rosenberger unseren Genossen zu unterbrechen. Ueber eine Entschädigung, die er einbrachte, ließ er gar nicht abstimmen, weil sie keine sieben Unterschriften trug. Die Vorlage wurde mit 24 Stimmen der SPD., Demokraten, Zentrum und Evangelisten angenommen.

Der Massenkampf muß gegen Steuerdruck einsehen!

Sie bringen nachstehend eine, aus der Provinzialkorrespondenz entnommene Mitteilung des Regierungspräsidenten in Liegnitz zur Kenntnis:

„Der Regierungspräsident in Liegnitz hat die Landräte, Kreisassen und Katasterämter erneut angewiesen, immer wieder die Steuerpflichtigen, die tatsächlich nicht zahlen können, darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig um Stundung oder Niederschlagung der

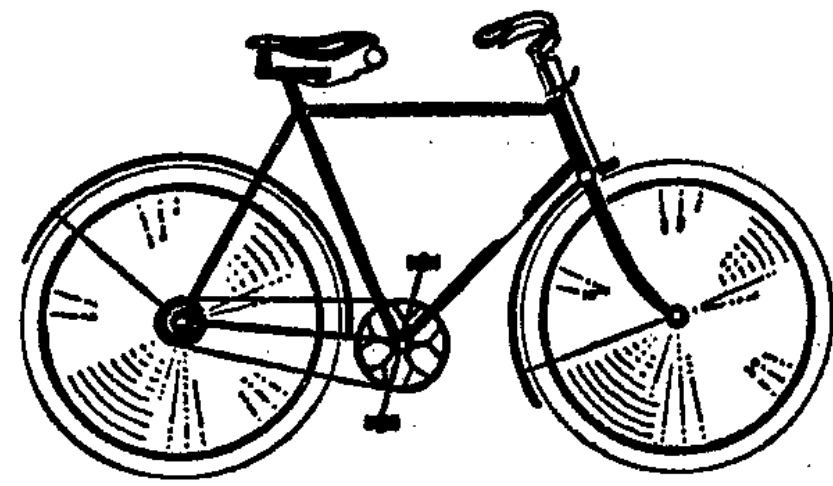
Steuern einkommen müssen, und daß sie die Sache nicht laufen lassen dürfen, bis es zur zwangsweisen Beitreibung der Steuerstände kommt. Hierdurch entstehen besondere Kosten, die ebenfalls dem Steuerpflichtigen zur Last fallen.“

Die Regierung glaubt damit die empörten Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern usw. zu beruhigen. Das wird ihr keineswegs gelingen, weil diese Kreise durch die ungeheuerliche steuerliche Belastung vor dem völligen Ruin stehen. Nicht Steuerstundung und „eventuelle“ Niederschlagung ist die Forderung dieser betreffenden

Kreise, sondern Aufhebung der Besteuerung der Kleinen Leute und schärfste Besteuerung des großen Besitzes. Die Praxis hat zur Genüge gezeigt, daß die Steuerbehörden den großen Besitzern die Steuern gestundet und nachher niederschlagen und dafür um so brutaler die Steuern bei den Kleinen Leuten eingetrieben haben.

Die Kommunisten haben in allen Parlamenten die Interessen des Mittelstandes, der Kleinbauern usw. vertreten und werden das auch in der Zukunft tun. Die arbeitenden Schichten haben den Kampf der Kommunisten auf das härteste zu unterstützen.

ADLER



ADLERWERKE
VORM. HEINRICH KLEYER A.G.
FRANKFURT AM MAIN
FILIALE: Breslau, TAVENTZENSTR. 4

Telephon 206 14, 206 15
Vertreter in allen Stadtteilen

Für Herbst und Winter!

Nachtblau und weinrot sind d. Modisch d. leich Winterm. aus velourartigem Cheviot. Ganz gefüttert und reich mit Pelzbesatz garniert. **22.90**
Mk. 22.-, 21.-, 21.-, 21.-

Sportlicher Mantel warm u. praktisch a. Stoff. ca. 1.20. 1. gel. od. m. Hes. **13.90**
Mk. 13.-, 12.-, 12.-, 12.-

Der Modemantel ist aus re. reinw. Velour-lonque i. d. neuen Farb. wie blau weinrot w. od. w. od. m. Rieseneckkrause **35.90**
Mk. 32.-, 31.-, 31.-, 31.-

Ottomane-Mantel marine oder schwarz, in reinw. Qual. ganz gefüttert mit großem Pelzbesatz in den jugendlich geschweift. Formen **38.90**
Mk. 37.-, 36.-, 36.-, 36.-

Pelzplüschm. kann zu unterschiedl. von echten Pelzm. in braun und schwarz, ganz und elegantem Futter mit Pelz besetzt **58.90**
Mk. 54.-, 53.-, 53.-, 53.-

Pelz- und Modemantel in allen Preislagen

Unsere Preise sind der schlagende Beweis für den vollzogenen Preisabbau

Tweed-Kleider 775
a. ordn. feste Form
Mk. 18.-, 18.-, 12.-

Trikot-Charmosse-Kleider 775
mer. blau weinrot, schwarz
s. T. auch weiche Frauengrößen
Mk. 22.-, 18.-, 18.-, 12.-

Popeline-Kleider 900
entzückende, jugendliche Formen und Farben
Mk. 24.-, 18.-, 18.-, 12.-

Marocain-Kleider 1700
Kunstseide, mit in. Atm. marocain blau weinrot
Mk. 34.-, 24.-, 24.-, 17.00

Größe Gold- und Wolfrige-Kleider 1350
in allen moden. neu farben, auch weiche Frauengrößen
Mk. 48.-, 34.-, 24.-, 24.-, 17.-

Besuchen Sie unseren Stand und unsere **Modenschau** am 5., 6., 9. und 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr in der Ausstellung „Im Reiche der Hausfrau“

Leopold Bermann
Damen- und Mädchen-Mantel-Fabrik (gegr. 1887)
Breslau I. Reuschestraße 33/36

LIEBICH

Neue Direktion: Walter Sagasser
Fernspr. cher 346 46

4 Uhr **Täglich 2 Vorstellungen** 8 Uhr
mit dem sensationellen

Eröffnungs-Programm
vom 1. bis 15. Oktober

Klara Weise und Partner Equilibristische Sensation	Troupe 5 Aicardi Meister-Jon le re
Matray-Ballett mit Katta Sterna	
Paul Hicketier der Komiker von Format	ELROY Der Mann in den Wunder-Füßen
Sándor Beketow „Leichte Kavallerie“	Gebrüder Kühn die kühnen Irüder

THEA ALBA
? Das Weltfrüsel ?

4 Kueh's 4 wöhlerhafte, unverwundt. holländische Harmonika-Quartett	Los 5 Balanguer Kont. cher spanischer Melangeakt
---	--

Liebic-Orchester: Leitung Kapellmeister Karl Wappaus

Eintrittspreise:
Wochentags: Nachm. 0.30 bis 1.50 Sonntags: Nachm. 0.40 bis 2.- Mk.
Abends 0.50 bis 3.50 Abends 0.60 bis 4.- Mk.

Vorverkauf ab heute zu Originalpreisen ohne Aufschlag: Theaterbüro Wertheim Verkehrsbüro Barasch, Zigarrengeschäft Pringsheim, Gartenstraße, neben Liebic sowie Theaterkasse ab 10 Uhr ununterbrochen

Gebirgswaldvögel * Kanarienvögel * Exotische Vögel

Goldfische, Zierfische, Aquarien. Große Auswahl in Vogelbauern eleg. geschw. ist. Prima Weib- und Männchen täglich frisch gemischt, nur erstkl. Sämereien. Sämtliches Zucht- und Nistmaterial für Vögel und Fische zu niedrigsten Preisen.

Zoologische Handlung **C. Luffke**, Innd. I. Neue Gasse 4, a. d. Liebicshöhe u. Klostersstraße 88

Wenn ich nicht zu Hause bin, so ist es stets in **ALKAZAR**

8-4 Uhr
persönl. Wirtsch.
Gastrian Variet.
Kasino, Tanz
30 Tischstühle
Str. 1.12 N. (alt. Theater)

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung!
Die anderen wollen dein Geld nicht!